



Integrationskonzept der Stadt Lippstadt

erstellt von İbīs Institut für interdisziplinäre
Beratung und interkulturelle Seminare
für die Stadtverwaltung Lippstadt

Impressum

Stadt Lippstadt

Der Bürgermeister

Ostwall 1

59555 Lippstadt

Telefon: (+49) 02941-980-0

Telefax: (+49) 02941-78111

Internet: <http://www.lippstadt.de>

Erstellung und Layout: İbİs Institut für interdisziplinäre Beratung und interkulturelle Seminare

Internet: <http://www.ibis-institut.de>



gefördert durch

Inhaltsverzeichnis

I. Vorwort des Bürgermeisters.....	7
II. Einleitung.....	8
1. Ziele des Integrationskonzepts.....	9
2. Grundlagen des Integrationskonzepts und der durchgeführten Analysen.....	10
3. Schritte im Prozess der Entwicklung des Integrationskonzepts.....	12
4. Methodik des Integrationskonzepts.....	13
II. Basisfakten Migration und Integration in Lippstadt.....	14
1. Anteil der MigrantInnen an der Bevölkerung.....	14
2. Anteil der MigrantInnen in den Stadtteilen.....	15
3. Akteure im Integrationsbereich.....	15
III. Integrationspolitisches Leitbild.....	18
1. Definition der Integration.....	18
2. Ziel der Integration	19
3. Leitbild des Integrationsprozesses: „Vielfalt in der Einheit“	19
4. Leitsätze des Integrationsprozesses.....	21
IV. Ergebnisse der IST-Analyse: Angebote und Bedarfe.....	23
1. Angebotsbereiche.....	23
1.1 Angebotsbereich: Sprachförderung.....	23
1.2 Angebotsbereich: Sprachkurse.....	25
1.3 Angebotsbereich: Hausaufgabenhilfe.....	26

1.4 Angebotsbereich: Migrationserstberatung.....	28
1.5 Angebotsbereich: Berufsberatung.....	28
1.6 Angebotsbereich: Maßnahmen für Arbeitssuchende.....	29
1.7 Angebotsbereich: Kulturangebote.....	30
1.8 Angebotsbereich: Sportangebote.....	31
1.9 Angebotsbereich: Jugendarbeit.....	32
1.10 Angebotsbereich: Schulsozialarbeit.....	33
1.11 Angebotsbereich: Frauen- und Mädchenarbeit.....	33
1.12 Angebotsbereich: Familienarbeit.....	35
1.13 Angebotsbereich: Pflege der eigenen Religion	35
1.14 Weitere benannte Angebotsbereiche.....	37
1.14.1 Dolmetscher.....	37
1.14.2 Angebote für Behinderte.....	37
1.14.3 Angebote für Seniorinnen.....	37
1.14.4 Angebote für Flüchtlinge.....	38
2. Querschnittsbereiche.....	39
2.1 Querschnittsbereich: MigrantInnen und Aufnahmegesellschaft.....	39
2.2 Querschnittsbereich: Transparenz der Angebote.....	41
2.3 Querschnittsbereich: Vernetzung der Akteure.....	43
2.4 Querschnittsbereich: Die Rolle der Stadtverwaltung.....	46
2.4.1 Strategische Steuerung und Koordination durch die Stadtverwaltung.....	46
2.4.2 Interkulturelle Nachfrageorientierung der Stadtverwaltung.....	47
2.4.3 Öffentlichkeitsarbeit durch die Stadtverwaltung.....	48
3. Zwischenfazit: Kernaussagen der IST-Analyse.....	50

V. Ergebnisse der SOLL-Analyse: Handlungsempfehlungen und Maßnahmen.....	52
1. Handlungsempfehlung: Sprachförderung und Sprachkurse intensivieren und koordinieren.....	52
1.1 Maßnahme: Erstellung eines Sprachförderkonzepts.....	52
1.2 Stakeholder im Handlungsfeld	53
2. Handlungsempfehlung: Interkulturelle Jugendarbeit stärken.....	54
2.1 Maßnahme: Erstellung eines Konzepts der interkulturellen Jugendarbeit inklusive der Berufsberatung und Hilfestellung bei der Arbeitssuche.....	55
2.2 Stakeholder im Handlungsfeld	55
3. Handlungsempfehlung: Hausaufgabenhilfe optimieren und koordinieren.....	56
3.1 Maßnahme: Einrichtung eines Hausaufgabenhilfenetzwerks.....	56
3.2 Maßnahme: Gewinnung von SeniorInnen für die Hausaufgabenhilfe.....	57
3.3 Stakeholder im Handlungsfeld.....	57
4. Handlungsempfehlung: Stärkung der Elternarbeit.....	59
4.1 Maßnahme: Gründung eines Netzwerks Familienarbeit/ Elternarbeit.....	59
4.2 Maßnahme: Einrichtung einer Elternschule.....	60
4.3 Maßnahme: Interkulturelle Ausgestaltung des Begrüßungspakets für Eltern.....	61
4.4 Stakeholder im Handlungsfeld.....	62
5. Handlungsempfehlung: Stärkung des Ehrenamts.....	63
5.1 Maßnahme: Gewinnung und Schulung von IntegrationslotsInnen.....	64
5.2 Maßnahme: Gewinnung und Schulung von Sprach- und KulturdolmetscherInnen.....	65
5.3 Stakeholder im Handlungsfeld.....	66

6. Handlungsempfehlung: Erhöhung der Angebotstransparenz.....	67
6.1 Maßnahme: Workshop: Nutzung des Sozialatlases.....	67
6.2 Maßnahme: Interkulturelle Ausgestaltung des Begrüßungspakets für neu Zugezogene	68
6.3 Stakeholder im Handlungsfeld.....	69
7. Handlungsempfehlung: Interkulturelle Nachfrageorientierung der Stadtverwaltung entwickeln.....	70
7.1 Maßnahme: Stärkung der Gewinnung von Menschen mit Migrationshintergrund für den öffentlichen Dienst	70
7.2 Maßnahme: Interkulturelle Schulung der MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung.....	71
7.3 Maßnahme: AnsprechpartnerIn für Integration in der Verwaltung.....	72
7.4 Stakeholder im Handlungsfeld.....	72
8. Handlungsempfehlung: Vernetzung der Akteure optimieren.....	73
8.1 Maßnahme: Verstärkte Einbeziehung der Migrantenselbstorganisationen (MSOs) in die bestehenden Netzwerke.....	73
8.2 Maßnahme: Einrichtung eines Runden Tisches Integration.....	74
8.3 Stakeholder im Handlungsfeld.....	75
9. Übersicht der Maßnahmen und Handlungsempfehlungen.....	77
VI. Anhang.....	79
1. Indikatorenset.....	79
2. Wichtige Ergebnisse der quantitativen Umfrage 2009 in der Übersicht.....	87

I. Vorwort des Bürgermeisters

Liebe EinwohnerInnen,

in Lippstadt leben viele Menschen aus unterschiedlichen Ländern, mit verschiedenen kulturellen Hintergründen und Glaubensrichtungen zusammen. Über 20% aller LippstädterInnen haben einen Migrationshintergrund. Die Tendenz ist steigend wie die aktuellen Zahlen aus unseren Kindergärten und Kindertagesstätten zeigen – fast ein Drittel der Kinder verfügt über einen Migrationshintergrund. Integration ist ein Thema, mit dem wir uns deswegen auch in Zukunft in unserer Stadt aktiv und konstruktiv auseinandersetzen wollen.

Ich freue mich daher, Ihnen das Integrationskonzept der Stadt Lippstadt vorstellen zu können, das wir gemäß unseres integrationspolitischen Leitbilds „Vielfalt in der Einheit“ mit Institutionen und EinwohnerInnen unserer Stadt in diesem Jahr erarbeitet haben.

Zahlreiche Institutionen unterstützen Menschen mit Migrationshintergrund bereits seit mehreren Jahren darin, gleichberechtigt an allen Bereichen des gesellschaftlichen Geschehens teilhaben zu können und die „Vielfalt in der Einheit“ zu leben. Die vorgestellten Ergebnisse der IST-Analyse zeigen die Bandbreite der Angebote sowie die Leistungen von Institutionen und Menschen mit und ohne Migrationshintergrund in Lippstadt in eindrucksvoller Weise. Um den Integrationsprozess in unserer Stadt auch in Zukunft erfolgreich fortsetzen zu können, ist es wichtig, Handlungsempfehlungen und konkrete Maßnahmen zu entwickeln. Diese Empfehlungen und Maßnahmen, die 2009 erarbeitet wurden, finden sich in den Ergebnissen der SOLL-Analyse.

Ich möchte mich bei allen, die uns in diesem Prozess unterstützt haben, herzlich bedanken. Ich bin sicher, dass wir auf der Grundlage unseres Integrationskonzepts die „Vielfalt in der Einheit“ noch besser umsetzen und leben können, in einem durch Achtung und Respekt geprägten Miteinander.



Christof Sommer
(Bürgermeister)

II. Einleitung

Die Integration von Menschen mit einem sogenannten Migrationshintergrund¹ stellt ein wichtiges Thema auf globaler, nationaler und regionaler Ebene dar. Für Deutschland – und Lippstadt – sind vier unmittelbare Faktoren der Migration zu benennen:

1. die Arbeitsmigration im Zuge der Anwerbevereinbarungen der fünfziger und sechziger Jahre
2. der bis heute vorhandene Zuzug im Rahmen von Familienzusammenführungen seit dem Anwerbestopp von 1972
3. die Zuzüge von Zuwanderern, insbesondere AussiedlerInnen und deren Familienangehörigen in den neunziger Jahren
4. die Zuzüge von Flüchtlingen in Folge von Kriegseignissen

Festzustellen ist, dass die Einbindung der Menschen mit Migrationshintergrund in bestehende gesellschaftliche Strukturen noch verbesserungswürdig ist, wobei sozio-ökonomische Faktoren hier oft relevanter als angenommene kulturelle Gründe sind. Mitgebrachte Kompetenzen der Menschen mit Migrationshintergrund werden z.T. nicht wahrgenommen und somit nicht anerkannt. Auch die Integrationsbemühungen von ihrer Seite werden oft übersehen, da der Fokus der Wahrnehmung der Mehrheitsgesellschaft auf kritischen Punkten und strittigen Themen liegt.

Bereits das integrationpolitische Leitbild „Vielfalt in der Einheit“ zeigt, dass die Themen Migration und Integration in Lippstadt einen anderen Stellenwert haben sollen – weg von einer rein problemorientierten hin zu einer lösungsorientierten Integrationsarbeit, die Menschen aktiviert und ihren Kompetenzen Rechnung trägt.

Zahlreiche Institutionen und Einzelpersonen mit und ohne Migrationshintergrund sind in diesem Sinne aktiv, um die Menschen mit Migrationshintergrund und das interkulturelle Zusammenleben in Lippstadt gezielt zu unterstützen. Beispielhaft können hier neben der Stadtverwaltung die AG Integration (AGI) und der Arbeitskreis „Willkommen“ ebenso angesprochen werden wie das „Lippstädter Netzwerk für Frieden und Solidarität“. Auch die Projekte und Beratung ortsansässiger Vereine und Verbände inklusive der

¹ Menschen, die selbst ursprünglich aus einem anderen Land kommen, bzw. deren Eltern nach Deutschland emigriert sind und über eine Aufenthaltserlaubnis bzw. einen deutschen Pass verfügen.

Migrantenselbstorganisationen (MSOs) sind hervorzuheben.

2009 hat der Rat der Stadt Lippstadt die Verwaltung beauftragt, in einem Bürgerbeteiligungsverfahren ein Integrationskonzept zu schaffen, das auf vorhandenen Strukturen aufbaut und diese zukunftsorientiert optimiert.

1. Ziele des Integrationskonzepts

Ziele des Integrationskonzepts sind:

- die strategische Steuerung und Koordination des künftigen Integrationsprozesses durch die Stadtverwaltung Lippstadt zu erleichtern.
- den tatsächlichen Zustand der Integrationsarbeit in Lippstadt mit vorhandenen Angeboten, Strukturen und Bedarfen aufzuzeigen (Ergebnisse der IST-Analyse).
- auf dieser Basis Handlungsempfehlungen und Maßnahmen zu entwickeln, die erkannten Herausforderungen begegnen, Bedarfe decken und Lücken schließen (Ergebnisse der SOLL-Analyse).
- zur Realisierung der Maßnahmen relevante Stakeholder² zu präsentieren (Ergebnisse der SOLL-Analyse).
- soweit möglich Finanzierungsmöglichkeiten zur Umsetzung von Handlungsempfehlungen und Maßnahmen aufzuzeigen (Ergebnisse der SOLL-Analyse).

² Akteure und Institutionen, die grundsätzlich bei der Entwicklung und Durchführung von Maßnahmen in einem Bereich einzubinden sind, da sie ein Interesse an der Entwicklung und Umsetzung der benannten Maßnahmen haben und nur in Zusammenarbeit mit ihnen diese Maßnahmen erfolgreich entwickelt bzw. durchgeführt werden können.

2. Grundlagen des Integrationskonzepts und der durchgeführten Analysen

Das Integrationskonzept und die Analysen, auf denen es beruht, stützen sich maßgeblich auf die Angaben, die im Rahmen des laufenden, von KOMM-IN NRW geförderten Projekts zusammengetragen werden konnten. Darüber hinaus wurde auch auf die Daten des Vorgängerprojekts „Lippstadt braucht Zuwanderer – Zuwanderer brauchen Lippstadt“, das von der Stadt Lippstadt von 2005 bis 2008 durchgeführt wurde, zurückgegriffen.

Damit sind folgende Materialien Grundlage des Konzepts:

- „Vielfalt in der Einheit“ - Das integrationspolitische Leitbild der Stadt Lippstadt
- Projekt „Lippstadt braucht Zuwanderer – Zuwanderer brauchen Lippstadt“, Dokumentation und Analyse der bisherigen Vernetzung, 1. Meilenstein (erstellt von der AWO)
- Thesenpapier zur Diskussion eines integrationspolitischen Leitbilds für die Stadt Lippstadt im Rahmen des Projekts „Lippstadt braucht Zuwanderer – Zuwanderer brauchen Lippstadt“ (erstellt von der AWO)
- Konzeption „Lippstadt braucht Zuwanderer – Zuwanderer brauchen Lippstadt“ (Ein integrationspolitisches Leitbild für unsere Stadt und unsere Bürger durch Schaffung von transparenten und vernetzten Strukturen) (erstellt von der AWO)
- Zwischendokumentation des Projekts „Lippstadt braucht Zuwanderer – Zuwanderer brauchen Lippstadt“ 2006 (erstellt von der AWO)
- Evaluation des Projekts „Lippstadt braucht Zuwanderer – Zuwanderer brauchen Lippstadt“, Stand 30.11.2006 (erstellt von der AWO)
- Zwischendokumentation des Projekts „Lippstadt braucht Zuwanderer – Zuwanderer brauchen Lippstadt“ 2007 (erstellt von der AWO)
- Evaluation des Projekts „Lippstadt braucht Zuwanderer – Zuwanderer brauchen Lippstadt“, Stand 29.02.2008 (erstellt von der AWO)
- Powerpoint Präsentation „Sozialatlas“ (erstellt von der AWO)
- Powerpoint Präsentation „Integration von Neuzuwanderern in Lippstadt“ (erstellt von der AWO)
- Beschlussvorlage des Jugendhilfeausschusses 128/2007 (erstellt von der Stadtver-

waltung)

- Niederschrift des Jugendhilfeausschusses vom 23.11.2007 (erstellt von der Stadtverwaltung)
- Beschlussvorlage des Jugendhilfeausschusses 244/2008 (erstellt von der Stadtverwaltung)
- Niederschrift des Jugendhilfeausschusses vom 14.01.2009 (erstellt von der Stadtverwaltung)
- Aktualisierter Sozialatlas (Stand 30.09.2009, erstellt von der Stadtverwaltung)
- Auswertung der eingegangenen Fragebögen der quantitativen Umfrage „Integrationskonzept für Lippstadt“ (erstellt von İbİs)
- Auswertung von acht Interviews mit ExpertInnen aus der Lippstädter Migrantenszene bzw. aus dem Integrationsbereich (qualitative Umfrage, erstellt von İbİs)
- Indikatorenset mit Kennzahlen (erstellt von der Stadtverwaltung und İbİs)
- Synodalbericht 2008 (erstellt von Christoph Peters, Pfarrer der Johanneskirche)
- IST-Analyse – Stand der Integrationsarbeit in Lippstadt (erstellt von İbİs)
- SOLL-Analyse – Handlungsempfehlungen und Maßnahmen für die Integrationsarbeit in Lippstadt

3. Schritte im Prozess der Entwicklung des Integrationskonzepts

Zu Beginn des Prozesses wurde im Sommer 2009 ein Indikatorenset entwickelt, in dem wichtige Indikatoren der Integration in Lippstadt benannt und deren Kennzahlen soweit wie möglich ermittelt wurden. Neben den vorhandenen internen Statistiken der Stadtverwaltung wurde hier auf Aussagen und Statistiken anderer Organisationen auf kommunaler Ebene und Landesebene zurückgegriffen. Das so entstandene Indikatorenset kann über das aktuelle Projekt hinaus zur Messung der Integration zum Einsatz kommen, indem Kennzahlen fortlaufend abgefragt werden.

Parallel wurde die Angebotsstruktur in Lippstadt erfasst. Hierzu wurde der im Rahmen des Vorgängerprojekts „Lippstadt braucht Zuwanderer – Zuwanderer brauchen Lippstadt“ erstellte Sozialatlas aktualisiert.

In einem dritten Schritt wurden unter Anwendung verschiedener Methoden der empirischen Sozialforschung die Bedarfe im Integrationsbereich erfasst und analysiert. Hierfür wurden im Rahmen einer quantitativen Umfrage im September 2009 160 ausgewählte Institutionen aus den Bereichen der Verwaltung, der sozialen Organisationen, der Wirtschafts- und Bildungsorganisationen sowie der Migrantenselbstorganisationen (MSOs) angeschrieben, von denen 117 an der Umfrageaktion teilnahmen.

Gleichzeitig wurden ergänzend Experteninterviews mit ausgewählten MitarbeiterInnen der genannten Institutionen durchgeführt.

Auf der Basis des gesammelten Materials wurde dann im Oktober 2009 eine IST-Analyse erstellt, die darauf zielt, die Situation der Integrationsarbeit in Lippstadt, vorhandene Angebote, Strukturen, aber auch benannte Bedarfe und Herausforderungen aufzuzeigen. Untersucht wurde nach sogenannten Angebotsbereichen (Sprachförderung, Sprachkurse, Hausaufgabenhilfe, Migrationserstberatungen, Berufsberatung, etc.) und diesen übergeordneten Querschnittsbereichen (MigrantInnen und Aufnahmegesellschaft, Transparenz der Angebote, Vernetzung der Akteure, Strategische Steuerung und Koordination durch Stadtverwaltung)

Anschließend wurde im November 2009 eine SOLL-Analyse erarbeitet, die generelle Handlungsempfehlungen vorstellt, die sich direkt aus der IST-Analyse und den darin verwerteten Materialien ergeben und Maßnahmen entwickelt, die die

Handlungsempfehlungen praktisch umsetzbar machen. Soweit dies möglich ist, wurden den einzelnen Maßnahmen Finanzierungsmöglichkeiten zugeordnet, um praktikable Umsetzungsmöglichkeiten aufzuzeigen und Stakeholder aufzuzählen, die in die Planung und konkrete Umsetzung einzubeziehen sind.

Auf Basis der Ergebnisse der IST- und SOLL-Analyse sowie des integrationspolitischen Leitbilds wurde dann Ende Dezember 2009 das vorliegende Integrationskonzept erstellt.

Begleitet wurde der Gesamtprozess von einer Projektgruppe, die sich aus Mitgliedern der Verwaltung, der Politik, der Kirchen, der freien Träger und Migrantenselbstorganisationen (MSOs) zusammensetzte.

4. Methodik des Integrationskonzepts

Das Integrationskonzept setzt sich aus vier großen Bereichen zusammen:

- den Basisfakten zur Integration und Migration in Lippstadt
- dem integrationspolitischen Leitbild der Stadt Lippstadt
- den Ergebnissen der IST-Analyse, um die Situation der Integrationsarbeit in Lippstadt vorzustellen
- den Ergebnissen der SOLL-Analyse, um Handlungsempfehlungen und Maßnahmen für die künftige Integrationsarbeit in Lippstadt zu präsentieren

Im Anhang finden sich die Indikatoren mit ihren aktuellen Kennzahlen und eine Übersicht über die Ergebnisse der quantitativen Umfrage 2009.

II. Basisfakten Migration und Integration in Lippstadt

1. Anteil der MigrantInnen an der Bevölkerung

In Lippstadt lebten 2008 insgesamt 6.339 AusländerInnen³; das entspricht einem Ausländeranteil von 8,9%. In diesen Zahlen ist jedoch der Anteil der BürgerInnen in Lippstadt, die einen sogenannten Migrationshintergrund haben (inklusive der AussiedlerInnen) nur z.T. enthalten. Dieser muss für ein realistisches Bild der Integration und Integrationsarbeit im Stadtgebiet hinzugezogen werden.

Schätzungsweise liegt hierbei allein der Anteil der AussiedlerInnen bei ca. 9%. Angaben zur Anzahl weiterer BürgerInnen mit einem Migrationshintergrund und deutschem Pass gibt es nicht. Wenn man hier die Anzahl der Einbürgerungen zu Grunde legt, muss diese Anzahl jedoch bei äußerst vorsichtigen Schätzungen mindestens zwischen 2% und 5% liegen. Damit liegt der Gesamtanteil der Menschen mit Migrationshintergrund inklusive der AusländerInnen zwischen 20% und 23% an der Gesamtbevölkerung Lippstadts.

Je nach Altersgruppe gibt es Schwankungen im Anteil der MigrantInnen an der Gesamtbevölkerung. Erfasst wird hierbei statistisch nur der Ausländeranteil. Er beträgt bei den 0-unter 15-jährigen zurzeit über 7%, bei den 15 bis unter 25-jährigen fast 11% und bei den 25 bis unter 65-jährigen über 12%. Deutlich geringer ist dagegen der Anteil der AusländerInnen ab 65 mit fast 4%. Wenn man hier wiederum die Anzahl der BürgerInnen mit Migrationshintergrund und deutschem Pass hinzuzieht (inklusive der AussiedlerInnen), dürfte der Anteil an den Altersgruppen auch wieder deutlich zunehmen. Aussagen lassen sich hierzu jedoch auf Grund der mangelnden Datenlage kaum treffen.

³ Menschen, die selbst ursprünglich aus einem anderen Land kommen, bzw. deren Eltern nach Deutschland emigriert sind, die über eine Aufenthaltserlaubnis, aber keinen deutschen Pass verfügen.

2. Anteil der MigrantInnen in den Stadtteilen

Etwas mehr als 81% der AusländerInnen leben in der sogenannten Kernstadt, die sich aus dem Stadtkern, Lippstadt Nord-West, Nord-Ost, Süd-West und Süd-Ost zusammensetzt. Der größte Teil der AusländerInnen wohnt hierbei zurzeit in Lippstadt Nord-West (1.969; 26% der AusländerInnen) und Süd-West (1.510; 24% der AusländerInnen).

Deutlich weniger AusländerInnen leben dagegen bereits in Lippstadt Süd-Ost (781; ca. 12%) und im Stadtkern (744; ca. 12%). In Lippstadt Nord-Ost wohnen nur 411 AusländerInnen (7% der AusländerInnen in Lippstadt). Außerhalb des Stadtkerns fallen nur noch die nördlichen Stadtteile (Cappel, Bad Waldliesborn, Lipperbruch und Lipperode) ins Gewicht. Hier leben 11% aller AusländerInnen (über 690).

Auf Grund der Erfahrung der Stadtverwaltung Lippstadt ist anzunehmen, dass eine ähnliche Ballungsstruktur auch bei den BürgerInnen mit Migrationshintergrund und deutschem Pass (inklusive der AussiedlerInnen) vorliegt. Hier werden jedoch keine statistischen Erfassungen vorgenommen, weswegen keine genauen Zahlen zur Verfügung stehen. Die Erfahrungswerte der Stadtverwaltung werden als Grundlage für die Einordnung der Akteure, der Angebotsstrukturen und der kommunizierten Bedarfe in die sozialräumliche Struktur genommen.

3. Akteure im Integrationsbereich

Abschließend sollen an dieser Stelle die wichtigsten Akteure der Integrationsarbeit in Lippstadt vorgestellt werden.

Hierbei muss grundlegend unterschieden werden zwischen Institutionen, die sich *spezifisch* an Menschen mit Migrationshintergrund richten und Institutionen, die sich allgemein mit ihren Angebote *auch* an Menschen mit Migrationshintergrund richten. Institutionen aus dem Gesundheitsbereich wurden hierbei nicht berücksichtigt, da die Aufzählung ansonsten zu umfangreich würde.

Erstere sind z.B. die Migrantenselbstorganisationen (MSOs), Stellen, die

Migrationserstberatung anbieten oder aber städtische Einrichtungen wie der Bereich Ausländerwesen des Fachdiensts Einwohner- und Ausländerwesen der Stadt Lippstadt. Letztere sind beispielsweise Kindertagesstätten, die Sprachförderung auch für Kinder mit Migrationshintergrund anbieten oder Jugendeinrichtungen, deren Angebote auch für Jugendliche mit Migrationshintergrund offen sind.

Institutionen, die sich mit spezifischen Angeboten ausschließlich an MigrantInnen richten, sind:

- Fachbereich 3, Fachdienst Einwohner- und Ausländerwesen, Bereich Ausländerwesen
- Ausländerbeirat der Stadt Lippstadt (zukünftig Integrationsrat)
- Fachbereich 5, Fachdienst Sonstige soziale Leistungen, Bereich Aussiedler
- Fachbereich 5, Fachdienst Sonstige soziale Leistungen, Bereich Hilfe für Flüchtlinge und Asylbewerber
- Migrantenselbstorganisationen (MSOs)
- Flüchtlingsberatung und Jugendmigrationsdienst der AWO
- Migrationsdienst im Haus der Kulturen (Diakonie und SKM)
- Netzwerk für Frieden und Solidarität, gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus in Lippstadt
- Migrationserstberatung und Integrationsprojekt ältere MigrantInnen der Diakonie
- Arbeitsgemeinschaft Integration
- Arbeitskreis „Willkommen“

Die Institutionen, deren Angebote sich in Lippstadt *auch* an MigrantInnen richten, sind selbstverständlich weitaus zahlreicher. Um hier nicht den Rahmen der IST-Analyse zu sprengen, werden sie z.T. nicht einzeln, sondern als Gruppe aufgeführt. Auch hier ist der Gesundheitsbereich nicht einbezogen:

- Kindergärten und Kindertagesstätten (z.T. mit Sprachförderunterricht im Rahmen von Delfin4)
- Schulen (z.T. mit Sprachförderung, muttersprachlichem Unterricht und Hausaufgabenhilfe)
- Institutionen der Erwachsenenbildung (insbesondere Träger von Integrationskursen)

- Arbeitsagentur Lippstadt
- AHA – „Arbeit Hellweg Aktiv“
- freie Träger im Sozialbereich
- weitere Fachbereiche und Fachdienste der Stadtverwaltung (z.B. Gleichstellungsstelle, Büro für ehrenamtliches Engagement)
- Einrichtungen für Jugendliche (Stellen für Jugendberatung und Jugendhilfe; Jugendtreffs)
- Kirchengemeinden (z.T. mit muttersprachlichen Gottesdiensten und Seelsorgeangeboten)
- AG-Mädchen
- Einrichtungen für Senioren wie z.B. Seniorenbeirat oder Seniorentreffs
- Stadtbibliothek
- Musikschule
- INI – Initiative für Jugendhilfe, Bildung und Arbeit e.V.

Es ist bekannt, dass nicht alle Institutionen und deren Angebote gleichermaßen wahrgenommen werden.

III. Integrationspolitisches Leitbild

1. Definition der Integration

Grundlegend für ein integrationspolitisches Leitbild und die Erstellung eines Integrationskonzepts ist es, zu definieren, was auf kommunaler Ebene unter Integration verstanden wird. Welchem Bild der Integration fühlen sich die EinwohnerInnen und Institutionen in Lippstadt verbunden?

Ist Integration die Assimilation in die bestehenden Gesellschaftsstrukturen? Ist Integration, dass jeder nach seiner „eigenen Façon selig werden kann“, ohne Achtung der bestehenden Sitten und Normen der aufnehmenden Gesellschaft (also ein grenzenloser Multikulturalismus)?

Die Stadt Lippstadt möchte keine dieser beiden extremen Ideen von Integration als Grundlage des gemeinsamen integrativen Handelns aller Institutionen und EinwohnerInnen benennen. Vielmehr weisen alle bisherigen Integrationsanstrengungen – seien sie von Seiten der Stadt, von freien Trägern, Migrantenselbstorganisationen (MSOs) oder einzelnen BürgerInnen – ebenso wie die Ergebnisse des Vorgängerprojekts und des laufenden Projekts „Integrationskonzept für Lippstadt“ in eine andere Richtung:

Integration in Lippstadt ist die Einbeziehung von (neuen) Bevölkerungsgruppen in die bestehende Aufnahmegesellschaft unter Wahrung der eigenen kulturellen Wurzeln und gleichzeitig die Bezeichnung des Prozesses der Einbindung dieser (neuen) Bevölkerungsgruppen in das:

- wirtschaftliche
- soziale
- rechtliche
- und kulturelle System der Aufnahmegesellschaft.

2. Ziel der Integration

Übergeordnetes Ziel der Integration ist, allen Bevölkerungsgruppen durch die Fortsetzung des integrativen Prozesses die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Geschehen in all seinen Bereichen in der Stadt Lippstadt zu ermöglichen.

Um dieses Ziel zu erreichen wird eine große Anzahl wichtiger Einzelschritte zu realisieren sein. Die im Rahmen des laufenden Projekts „Integrationskonzept für Lippstadt“ mit Bürgerbeteiligung erarbeitete SOLL-Analyse, inklusive der darin benannten Handlungsempfehlungen und Maßnahmen, führt diese Einzelschritte auf, die sich an den im Folgenden formulierten Leitsätzen orientieren. Wichtig ist hierbei, dass zur Erreichung des benannten Zieles die Einzelschritte gegebenenfalls an die sich ändernden Bedingungen anzupassen sind.

3. Leitbild des Integrationsprozesses: „Vielfalt in der Einheit“

„Vielfalt in der Einheit“ ist ein Konzept, das vom anerkannten Sozialwissenschaftler Amitai Etzioni in Zusammenarbeit mit einer Gruppe internationaler Wissenschaftler entworfen wurde, um offenen, dynamischen und demokratischen Gesellschaften eine flexible Methode an die Hand zu geben, MigrantInnen in das gesellschaftliche System einzubinden, ohne dass die aufnehmende Gesellschaft den problematischen Seiten der Zuwanderung wehrlos gegenüber steht oder die Menschen mit Migrationshintergrund ihre Wurzeln aufgeben sollen.

Grundlage des Konzepts ist „dass alle Mitglieder einer bestehenden Gesellschaft jene Grundwerte und Sitten, die man als das grundlegende gemeinsame Rahmenwerk der Gesellschaft betrachtet, vollständig anerkennen. Gleichwohl bewahrt jede Gruppe der Gesellschaft die Freiheit, ihre besondere Subkultur aufrechtzuerhalten, also jene Grundsätze ("policies"), Lebensgewohnheiten und Sitten, die nicht mit dem wesentlichen Kern der gemeinsamen Werte in Konflikt geraten, ferner ein beträchtliches Maß an Loyalität ihrem Herkunftsland gegenüber, solange sie nicht die Loyalität gegenüber der Gesellschaft, in der sie leben, übersteigt, wenn es zu einem Loyalitätskonflikt kommt. Achtung gegenüber

dem Ganzen und Achtung gegenüber allen ist Grundsatz unserer Position.“⁴

Diese Grundhaltung entspricht dem in Lippstadt vertretenen Integrationsgedanken „Integration in Lippstadt ist die Einbeziehung von (neuen) Bevölkerungsgruppen in die bestehende Aufnahmegesellschaft unter Wahrung der eigenen kulturellen Wurzeln und gleichzeitig die Bezeichnung des Prozesses der Einbindung dieser (neuen) Bevölkerungsgruppen in das wirtschaftliche, soziale, rechtliche und kulturelle System der Aufnahmegesellschaft.“⁵

„Vielfalt in der Einheit“ betont gleichzeitig die Anerkennung des positiven Zugewinns einer Gesellschaft durch Menschen mit Migrationshintergrund: „Wir stellen fest, dass eine solche Vielfalt in der Einheit die Gesellschaft als Ganze und ihre Kultur eher bereichert als bedroht, wie das in Bereichen offenbar wird, die von der Musik bis hin zu Essensgewohnheiten reichen, und, höchst bedeutsam, sie bereichert die Welt der Ideen, denen wir begegnen, und erweitert unser Verständnis der vielgestaltigen Welt um uns herum. [...] Wir stellen weiterhin fest, dass in jeder Gesellschaft die grundlegende gemeinsame Kernidentität und Kultur sich mit der Zeit verändert hat und sich in Zukunft weiter verändern wird.“⁶ Hiermit wird auch der Fokus verschoben, weg von einer reinen Problematisierung der Migration und Integration in einer geschlossenen, starren Gesellschaft hin zur Anerkennung positiver Impulse des Migrationsgeschehens und Integrationsprozesses in einer offenen, dynamischen Gesellschaft.

Um diese „Vielfalt in der Einheit“ in Lippstadt weiterhin umzusetzen, bedarf es nicht nur der Anstrengungen der kommunalen Politik oder der Stadtverwaltung. Vielmehr sind alle am Prozess beteiligten Institutionen – Migrantenselbstorganisationen (MSOs), freie Träger, Kirchen und kirchliche Einrichtungen, Bildungsinstitutionen, Jugendorganisationen, soziale Einrichtungen, Ordnungskräfte, etc. – und die EinwohnerInnen Lippstadts, ob mit oder ohne Migrationshintergrund gefragt, in ihrem alltäglichen Handeln „Vielfalt in der Einheit“ zu leben.

4 http://www.gwu.edu/~ccps/dwu_positionpaper_german.html

5 Siehe Punkt 4, Definition der Integration

6 http://www.gwu.edu/~ccps/dwu_positionpaper_german.html

4. Leitsätze des Integrationsprozesses

Grundlage der im Folgenden vorgestellten Leitsätze sind Ergebnisse des laufenden Projekts „Integrationskonzept für Lippstadt“. Sie sollen dazu dienen, das zukünftige integrative Handeln sowie anzustoßende Projekte und Maßnahmen im Integrationsprozess an dem Ziel, allen Bevölkerungsgruppen durch die Fortsetzung des integrativen Prozesses die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Geschehen in all seinen Bereichen in Lippstadt zu ermöglichen und dem Leitbild der „Vielfalt in der Einheit“ auszurichten. Hierbei sind neben dem integrativen Handeln sowie Projekten und Maßnahmen der Stadtverwaltung auch sämtliche in Lippstadt tätige Institutionen und Initiativen im Integrationsbereich – Migrantenselbstorganisationen, Bildungseinrichtungen, freie Träger, Beratungsstellen, Kirchen, etc. – angesprochen.

An den Leitsätzen können sich somit Entscheidungen, Konzepte, Projekte und Maßnahmen sämtlicher Institutionen und Initiativen im integrativen Bereich in Zukunft ausrichten:

1. Integratives Handeln ist Aufgabe der Verwaltung, der Politik, aller weiteren Institutionen und aller EinwohnerInnen mit und ohne Migrationshintergrund in Lippstadt.
2. Integratives Handeln in Lippstadt ist präventiv ursachen- und zukunftsbezogen; es geht darum, vorhandene Defizite zu beheben und Anforderungen konstruktiv zu begegnen.
3. Menschen mit Migrationshintergrund verfügen über wichtige und aner kennenswerte Kompetenzen; diese werden in Lippstadt anerkannt und gefördert.
4. Integratives Handeln zielt darauf, den Austausch zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund in Lippstadt zu stärken, auch im Rahmen des interkulturellen und interreligiösen Dialogs.
5. Integratives Handeln bedarf der Transparenz, um Institutionen und einzelne Menschen mit und ohne Migrationshintergrund zu erreichen; hierbei gilt es zu bedenken, dass Menschen verschiedener Kulturen unterschiedliche Informationsangebote brauchen.
6. Integration besteht aus Fördern und Fordern; nur mit einer Verbindung dieser beiden Strategien können sich menschliche Fähigkeiten entfalten und vorhandene Kompetenzen genutzt werden.
7. Im Integrationsprozess werden ExpertInnen und Laien mit und ohne

Migrationshintergrund aktiviert und miteinbezogen.

8. Vernetzung ist ein zentraler Punkt des Integrationsgeschehens, um Synergieeffekte zu erzielen und Doppelungen zu vermeiden; hier gilt es insbesondere auch die Migrantenselbstorganisationen (MSOs) einzubeziehen.
9. Integratives Handeln zielt darauf, den aufgeklärten und toleranten Umgang der Kulturen untereinander im Sinne der „Vielfalt in der Einheit“ zu stärken und damit rassistisch motivierter Gewalt und Diskriminierung entgegenzuwirken.
10. Integratives Handeln zielt auf die Stärkung des demokratischen Bewusstseins und des bürgerschaftlichen sowie politischen Engagements bei Menschen mit und ohne Migrationshintergrund.
11. Integratives Handeln fördert die Integration aller Menschen mit Migrationshintergrund, unabhängig von Alter und Geschlecht, fokussiert jedoch insbesondere auf Stärkung der Schwachen und besonders Benachteiligten auch im Rahmen des Gender Mainstreaming⁷.
12. Integration ist in allen betroffenen Institutionen, insbesondere der Stadtverwaltung, eine Querschnittsaufgabe, die in alle Bereiche der Planung und Umsetzung von Maßnahmen einbezogen wird.

⁷ Gender Mainstreaming ist die systematische Einbeziehung der jeweiligen Situation, der Prioritäten und der Bedürfnisse von Frauen und Männern in allen Politikfeldern, wobei mit Blick auf die Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern sämtliche allgemeinen und politischen Konzepte und Maßnahmen an diesem Ziel ausgerichtet werden und bereits in der Planungsphase wie auch bei der Durchführung, Begleitung und Bewertung der betreffenden Maßnahmen und deren Auswirkungen auf Frauen und Männer berücksichtigt werden. (Definition der Europäischen Kommission)

IV. Ergebnisse der IST-Analyse: Angebote und Bedarfe

1. Angebotsbereiche

1.1 Angebotsbereich: Sprachförderung

Im Bereich der Sprachförderung gibt es nach den Ergebnissen der quantitativen Umfrage mit 117 TeilnehmerInnen insgesamt 20 Einrichtungen, die Sprachförderung auf der gesamtstädtischen Ebene anbieten. 34 Institutionen wenden sich mit Sprachförderungsangeboten an spezielle Einzugsgebiete.

Den Großteil der Sprachförderangebote gibt es in Kindergärten und Kindertagesstätten (28 Angebote), gefolgt von Schulen (zwölf Angebote). Dagegen fallen andere Einrichtungen wie z.B. freie Träger, Vereine oder Kirchengemeinden weniger ins Gewicht.

Von den 34 Institutionen, die angegeben haben, dass sich ihr Angebot an einen speziellen Einzugsbereich richtet, haben nur elf den Stadtteil aufgeführt. Ein Großteil der Einrichtungen gab dagegen an, dass sich die Angebote speziell an die Schüler der Schule bzw. die Kinder in der KiTa oder dem Kindergarten in ihrem Einzugsbereich wenden. Da sich die Kindergärten und Schulen gleichmäßig in Lippstadt verteilen, ist davon auszugehen, dass die Angebote in allen Stadtteilen erfolgen und sich am Bedarf orientieren. Allein fünf Einrichtungen gaben z.B. an, dass sie ihre Angebote für Lippstadt Süd-West anbieten, einen der Stadtteile mit dem höchsten Ausländeranteil.

Bereits die Dokumentationen des Vorgängerprojekts „Lippstadt braucht Zuwanderer – Zuwanderer brauchen Lippstadt“ machen den Bedarf in diesem Bereich deutlich. Hier wurde der Kreislauf beschrieben, dass bestehende Sprachbarrieren bei Kindern bereits im Kindergarten zu einer Ausgrenzung und Abkapselung führen, die sich dann spätestens in der Schule in Lernschwierigkeiten äußern und letztendlich die Kluft im Bereich Bildung und Schulabschluss zwischen MigrantInnen und „Einheimischen“ immer weiter wachsen lasse.

Dass ein erhöhter Bedarf besteht, wurde ebenfalls sowohl in den Experteninterviews wie im Bereich der Indikatorenerhebung deutlich. Denn allein 2009 ergab sich, dass im Rahmen der Tests zu Delfin4 136 der 203 Kinder mit Förderbedarf einen Migrationshintergrund hatten. Dies entspricht einer Quote von 67%. In den

Experteninterviews wurde darauf verwiesen, dass nach Schätzungen 80% der Jugendlichen mit Migrationshintergrund die deutsche Sprache nur unzureichend beherrschen.

Auch die Ergebnisse der quantitativen Umfrage sprechen in diesem Bereich für sich. Das Handlungsfeld Sprache ist mit 83 Stimmen (nach Bildung und Ausbildung) das Handlungsfeld, das in Zukunft in Lippstadt Priorität haben soll. 78 Institutionen gaben an, dass auch in Zukunft die Sprachförderung in Lippstadt noch mehr ausgeweitet werden müsse. 71 Einrichtungen wollten, dass dies stadtteilunabhängig für die Gesamtstadt erfolgt. Unter Punkt IV 4 der quantitativen Umfrage wurde von einigen der teilnehmenden Institutionen betont, dass die Sprachförderung insgesamt intensiviert werden müsse, u.a. im Bereich des Erwerbs der Schriftsprache.

Dass die Sprachförderung in Zukunft einen noch wichtigeren Status in Lippstadt haben soll, deckt sich mit den Ergebnissen der Frage zu den Zielgruppen, die in Zukunft besonders angesprochen werden sollen: Kinder im Vorschulbereich (59 Stimmen) und Jugendliche bis 14 Jahren (56) Stimmen sollen hier im Fokus stehen.

Spätestens die Aussagen der quantitativen Umfragen machen deutlich, dass die vorhandenen Angebotsstrukturen nach Ansicht der Befragten die Bedarfe noch nicht ausreichend abdecken und hier in der zukünftigen Integrationsarbeit in Lippstadt ein Schwerpunkt liegen sollte. Der aufgezeigte Kreislauf von Sprachschwierigkeiten über Segregation bis hin zu Defiziten im Bereich der schulischen Bildung ist noch nicht durchbrochen. Hier gilt es, Wege zu finden, die Sprachförderung in Lippstadt an Kindergärten, Kindertagesstätten und Schulen zu optimieren. Im Rahmen der quantitativen Umfrage wurde angesprochen, dass gerade an Hauptschulen der Erwerb der deutschen Sprache gefördert werden solle. Durch die Anbindung an diese Institutionen wird auch der Sozialraumbezug der Angebote gewährleistet sein.

Neben der Förderung des Erwerbs der deutschen Sprache muss an dieser Stelle auch auf einen weiteren Aspekt der Sprachförderung verwiesen werden. Die Sprachförderangebote beziehen sich - wie auch im aktuellen Sozialatlas deutlich wird - nicht nur auf die Förderung des Erwerbs der deutschen Sprache insbesondere für Kinder und Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund, sondern auch auf den muttersprachlichen Unterricht.

Laut Sozialatlas bieten zurzeit insgesamt zehn Schulen muttersprachlichen Unterricht an. Ein Großteil des Angebots findet in der Kernstadt (Italienisch, Spanisch, Griechisch), Lippstadt Nord-West (Türkisch, Italienisch und Serbisch) und Lippstadt Süd-West (Italienisch) statt. Der größte Teil der Schulen mit muttersprachlichen Angeboten sind hierbei Grundschulen (5), gefolgt von Hauptschulen (3). Nur ein Gymnasium in Lippstadt bietet laut Sozialatlas überhaupt (russischen) Muttersprachunterricht an.

Damit orientiert sich auch hier das Angebot am Bedarf, da im Bereich der Kennzahlenerhebung deutlich wurde, dass, wenn man die Schüler der achten Klasse zu Grunde legt, immer noch mehr Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund an Hauptschulen sind (ca. 43%), als an der Realschule (38%) oder gar am Gymnasium (19%). Weder im Rahmen der quantitativen Umfrage, noch im Rahmen der Experteninterviews wurde geäußert, dass die vorhandenen Angebote hier nicht ausreichend seien. Auch die Dokumentationen des Vorgängerprojekts zeigen keine Herausforderungen und Bedarfe auf, die nicht von den Strukturen abgedeckt werden.

1.2 Angebotsbereich: Sprachkurse

Nach den Ergebnissen der quantitativen Umfrage und den Daten des Sozialatlases bieten zurzeit insgesamt 15 Institutionen Sprachkurse für erwachsene MigrantInnen in Lippstadt an; hiervon haben vier einen speziellen Einzugsbereich. Dieser liegt bei drei Institutionen in Lippstadt Nord-West; bei einer Institution in Lippstadt Nord-Ost.

Neben vier Kirchengemeinden bieten vor allem die freien Träger im Sozial- und Jugendbereich (vier Institutionen), zwei Kindergärten und zwei Schulen Sprachkurse an. Weitere Sprachkurse sind bei der Familienbildungsstätte/ KBS Paderborn, der Evangelischen Erwachsenenbildung des Kirchenkreises Soest und der Volkshochschule angesiedelt.

2008 bot die Volkshochschule fünf Integrationskurse und einen Alphabetisierungskurs an. An den Kursen nahmen insgesamt 95 TeilnehmerInnen teil. Für 2009 liegen noch keine Daten vor. Die Evangelische Erwachsenenbildung des Kirchenkreises Soest bietet zurzeit

zwei Integrationskurse an. Die Abbrecherquote schwankt deutlich: 2008 brachen bei der VHS ca. 15% der TeilnehmerInnen die Kurse ab; die Evangelische Erwachsenenbildung gibt dagegen an, dass ungefähr 40% der TeilnehmerInnen Kurse abbrechen.

Tatsächlich wurde auch in der Dokumentation des Projekts „Lippstadt braucht Zuwanderer – Zuwanderer brauchen Lippstadt“ deutlich, dass die Motivation der MigrantInnen teilweise nicht sehr hoch ist. MigrantInnen nahmen oft nur eingeschränkt an Fördermaßnahmen wie Sprach- und Integrationskursen teil. Als ausdrückliche Ausnahme wurde die Gruppe der AussiedlerInnen benannt.

Wie unter Punkt 1.1 dargestellt ist in der quantitativen Umfrage das Handlungsfeld Sprache generell als zweitwichtigstes Handlungsfeld in der zukünftigen Integrationsarbeit in Lippstadt benannt worden. Insgesamt 68 Institutionen gaben an, dass speziell im Bereich der Sprachkurse die Angebotsstruktur in Zukunft ausgeweitet werden solle. Nur acht Institutionen planen dies für einen speziellen Einzugsbereich (z.B. Lippstadt Nord-Ost, Bad Waldliesborn oder Eickelborn); der Großteil der TeilnehmerInnen sah den Bedarf eher auf gesamtstädtischer Ebene. Auf Grund der Ballung der MigrantInnen in der Kernstadt, besonders in Nord-West und Süd-West, erscheint es sinnvoll, sich in Zukunft auch auf diesen Bereich zu konzentrieren. Daneben ist jedoch auch genauer darauf einzugehen, warum MigrantInnen die Sprach- und Integrationskurse abbrechen und wie eine bessere Motivation gewährleistet werden kann, um die Wirkung der vorhandenen und auszuweitenden Angebote zu optimieren.

Punktuell wurde ebenfalls angesprochen, dass die Angebote nicht nur für MigrantInnen, sondern auch für Flüchtlinge ausgeweitet werden sollten.

1.3 Angebotsbereich: Hausaufgabenhilfe

Insgesamt 25 Institutionen bieten nach den Ergebnissen der quantitativen Umfrage und des Sozialatlases Hausaufgabenhilfe an. Die Hälfte hiervon sind Schulen (insgesamt zwölf), gefolgt von Angeboten der freien Träger im Jugend- und Sozialbereich (7). Aber auch zwei Kindergärten und zwei Migrantenselbstorganisationen bieten

Hausaufgabenhilfe an.

Zehn anbietende Institutionen liegen im Stadtkern, sieben in Lippstadt Süd-West, zwei in Nord-West und drei in Süd-Ost. Einige der freien Träger im Jugend- und Sozialbereich bieten Hausaufgabenhilfe für das gesamte Stadtgebiet an. Die Migrantenselbstorganisationen (MSOs) richten sich mit ihren Angeboten an Kinder und Jugendliche mit einem italienischen und griechischen Migrationshintergrund.

Das Angebot scheint den Bedarf in Lippstadt grundsätzlich nicht zu decken. Die Experteninterviews weisen im besonderen Maße darauf hin, dass bildungsferne Schichten oft nichts von den Angeboten wüssten bzw. die Angebote nicht bezahlen könnten. Hausaufgabenhilfe ist auch das dritte große Feld, in dem in Zukunft laut den Ergebnissen der quantitativen Umfrage die Angebotsstruktur auszuweiten ist. 62 TeilnehmerInnen der Umfrage gaben an, dass hier noch mehr getan werden müsse. Dies deckt sich mit dem Ergebnis, dass Bildung und Ausbildung generell die wichtigsten Handlungsfelder der zukünftigen Integrationsarbeit in Lippstadt sein sollen und passt auch zu den Zielgruppen, die in Zukunft besonders angesprochen werden sollen: hier wurden die Kinder und Jugendliche bis 14 Jahren als zweitwichtigste Zielgruppe in der quantitativen Umfrage benannt.

Eine Intensivierung der Hausaufgabenhilfe begegnet auch den unter Punkt 1.1 beschriebenen Herausforderungen im Bildungsbereich, in dem gerade Kinder mit Migrationshintergrund immer noch deutlich schlechter abschneiden als deutschstämmige Kinder. Unterstützung im Hausaufgabenbereich ist zur Erhöhung der Bildungschancen ein wichtiger Ansatz. Relevant erscheint hier, gerade im Bereich der Grundschulen, die positive Grundlage (fünf der zwölf Schulen aus der quantitativen Umfrage mit Angeboten im Hausaufgabenbereich sind Grundschulen) auszuweiten, um frühzeitig eine Hilfestellung zu leisten. Außerdem ist das geringe Angebot im migrantenreichsten Stadtteil Nord-West auffällig.

1.4 Angebotsbereich: Migrationserstberatung

In Lippstadt gibt es zurzeit nach eigenen Aussagen im Rahmen der quantitativen Umfrage sechs Institutionen, die Migrationserstberatung anbieten. Neben den freien Trägern AWO (Jugendmigrationsdienst), Diakonie und SKM (im Haus der Kulturen) leisten der italienische Verein AIL, der Ausländerbeirat und der Fachdienst Sonstige Soziale Leistungen Migrationserstberatung. Bis auf AIL bieten die Institutionen ihre Beratungsleistungen nicht für eine bestimmte Migrantengruppe an. Die Angebote sind flächendeckend für das gesamte Lippstädter Stadtgebiet und zum größten Teil im Stadtkern angesiedelt.

In der quantitativen Umfrage lag die Ausweitung der Migrationserstberatung im hinteren Mittelfeld. 31 Institutionen gaben an, dass hier Angebote gestärkt werden sollten. Allerdings wurde auch Bedarf über die Migrationserstberatung hinaus gesehen; nicht nur Neuzuwanderer, sondern auch länger in Lippstadt lebende MigrantInnen bedürften der Beratung, so einige Aussagen in der Umfrage.

Im Rahmen der Dokumentationen zum Projekt „Lippstadt braucht Zuwanderer – Zuwanderer brauchen Lippstadt“ wurde das Feld der Migrationserstberatung ebenfalls mehrfach angesprochen. Es gelte, in Zukunft die Erstberatung für Neuzuwanderer zu optimieren. Eine schnellere Kontaktaufnahme zu Neuzuwanderern müsse durch die freien Träger gewährleistet werden, damit auch eine frühere Vermittlung in passgenaue Angebote stattfinde.

Aus den Aussagen und Ergebnissen lässt sich schließen, dass die Erweiterung der Angebotsstruktur der Migrationserstberatung in Lippstadt nicht Schwerpunkt der zukünftigen Integrationsarbeit in Lippstadt ist. Die Effizienz der Angebote kann und muss von den Anbietern intern optimiert werden, um die benannten Herausforderungen zu lösen.

1.5 Angebotsbereich: Berufsberatung

Wie bereits oben angeführt sollte in nächster Zeit das Feld Bildung und Ausbildung höchste Priorität in Lippstadt haben. Berufsberatung ist hier ein Faktor. Zurzeit bieten zwölf

Institutionen in Lippstadt Berufsberatung an. Neben sechs weiterführenden Schulen sind hier natürlich die Agentur für Arbeit zu nennen, die Initiative für Jugendliche, Bildung und Arbeit (INI), die freien Träger im Jugend- und Sozialbereich sowie das Jugend- und Familienbüro der Stadt. Während der Treff am Park (TaP) des Sozialdiensts Katholischer Männer (SKM) und die Schulen die Beratung für ein spezielles Einzugsgebiet leisten, wendet sich die Beratung der anderen Einrichtungen, die alle in der Kernstadt angesiedelt sind, an das gesamte Stadtgebiet.

Insgesamt ist die Abdeckung des Bedarfes im Bereich der Berufsberatung in Lippstadt gut. In der quantitativen Umfrage sprachen sich allerdings noch ca. ein Drittel der TeilnehmerInnen für eine Intensivierung der Berufsberatung aus; hiervon sah die Mehrheit (38 TeilnehmerInnen) den Bedarf auf gesamtstädtischer Ebene. Besonders die Relevanz der Schulen wurde hierbei wahrgenommen. Nicht nur SchulabgängerInnen müssten beraten werden, sondern bereits früher müsse mit Beratung angesetzt werden. Ähnliches spiegelt sich in den Aussagen der Experteninterviews wider. An dieser Stelle wurde darüber hinaus darauf hingewiesen, dass Unwissenheit über Berufe unmittelbare und nachhaltige Wirkung auf die Zukunftsplanung der Jugendlichen habe.

1.6 Angebotsbereich: Maßnahmen für Arbeitssuchende

Auch der Bereich „Maßnahmen für Arbeitssuchende“ fällt zum Teil in das hochpriorisierte Handlungsfeld „Bildung und Ausbildung“, zum Teil in das Feld „Wirtschaft und Arbeit“, das immerhin in der Priorisierung an vierter Stelle mit 40 Stimmen steht. In dem Bereich gibt es zurzeit fünf Einrichtungen in Lippstadt, die Maßnahmen anbieten: die Agentur für Arbeit, die Initiative für Jugendliche, Bildung und Arbeit (INI), der Paritätische, das Berufsbildungszentrum der Kreishandwerkerschaft Hellweg (BBZ) und das Projekt Alleinerziehende der Stadt Lippstadt.

Sämtliche Institutionen wenden sich mit ihren Angeboten an BürgerInnen mit und ohne Migrationshintergrund aus dem gesamten Stadtgebiet.

In diesem Angebotsbereich ist deutlich, dass der Bedarf in Lippstadt noch nicht abgedeckt

ist. 34 TeilnehmerInnen der quantitativen Umfrage sprachen sich dafür aus, die Maßnahmen für Arbeitssuchende in Zukunft auszuweiten. Dies deckt sich mit den Herausforderungen, die in den Dokumentationen des Projekts „Lippstadt braucht Zuwanderer – Zuwanderer brauchen Lippstadt“ gesehen wurden. Die hohe Arbeitslosenquote bei MigrantInnen und insbesondere die Arbeitslosigkeit jugendlicher MigrantInnen wurden erwähnt mit dem Verweis auf eine zunehmende Verarmung von Migrantengruppen.

Auch die erhobenen Kennzahlen der Indikatoren im Bereich Arbeit und Wirtschaft weisen in diese Richtung. Nur 6,7% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Lippstadt waren 2007 Ausländer (Migrantenanteil wird nicht erhoben). Die Arbeitslosenquote der Ausländer lag im Dezember 2008 bei 17,8%; bei Arbeitslosen mit deutschem Pass dagegen bei 7,2% (Migrantenanteil wird nicht erhoben). 21,2% der Empfänger von ALG II haben keinen deutschen Pass.

Sinnvoll erscheint es vor dem Hintergrund dieser Daten, in Zukunft insbesondere Jugendliche mit (präventiven) Maßnahmen zu stärken, ein Punkt, der auch in der quantitativen Umfrage Erwähnung findet.

1.7 Angebotsbereich: Kulturangebote

Zurzeit bieten laut quantitativer Umfrage und Daten des Sozialatlases 26 Einrichtungen in Lippstadt Kulturangebote an. 20 Angebote sind gesamtstädtisch ausgelegt. Drei Institutionen (zwei Kindertagesstätten und ein freier Träger) bieten Kulturangebote für den Bereich Lippstadt Nord-West, zwei Institutionen (eine Kindertagesstätte und ein freier Träger) haben Angebote in Lippstadt Nord-Ost und eine Schule hat Kulturangebote in Lippstadt Süd-West.

Der Bereich der Kulturangebote gehörte in der quantitativen Umfrage nicht zu den besonders priorisierten Bereichen. Nur 32 TeilnehmerInnen sprachen sich für das Handlungsfeld Kultur aus; 25 meinten, dass in Zukunft das Kulturangebot erweitert werden solle. Weder in der Umfrage noch in den Materialien des Vorgängerprojekts werden

besondere Defizite oder Herausforderungen in der Anzahl der Kulturangebote aufgezeigt. Die vorhandenen Bedarfe werden damit anscheinend gut abgedeckt.

1.8 Angebotsbereich: Sportangebote

Auch der Bereich der Sportangebote scheint in Lippstadt nach den zur Verfügung stehenden Daten gut abgedeckt zu sein. 28 der befragten Institutionen bieten Sportangebote an. Die Hälfte hiervon sind Kindertagesstätten (14), hinzu kommen noch sechs Schulen. Die Angebote richten sich überwiegend an die Kinder und Jugendliche, die die Einrichtung besuchen und sind gleichmäßig über das gesamte Stadtgebiet verteilt. Zusätzlich bieten die Stadt Lippstadt (Jugend- und Familienbüro) und die freien Träger Sportangebote an, die zum größten Teil nach eigenen Angaben keinen speziellen Einzugsbereich haben. Zu diesen Angeboten kommen noch die Angebote der Sportvereine und weiterer Sporteinrichtungen, die im Rahmen der quantitativen Umfrage und im Sozialatlas nicht erfasst wurden.

Insgesamt wurde hinsichtlich des Sportangebots wenig beanstandet. Bei der Benennung der Felder, die in Zukunft Priorität in Lippstadt haben sollen, stand Sport in der Umfrage an vorletzter Stelle. Nur 22 TeilnehmerInnen der quantitativen Umfrage halten es für notwendig, die Sportangebote in Zukunft auszuweiten. In den vorliegenden Materialien des Projekts „Lippstadt braucht Zuwanderer – Zuwanderer brauchen Lippstadt“ wurde der Sportbereich ebenfalls nicht kritisch gesehen. Daraus lässt sich schließen, dass vorhandene Angebote den Bedarf in diesem Bereich decken.

Allein der spezielle Bereich der Sportangebote für Frauen und Mädchen mit einem muslimischen Hintergrund wurde punktuell angesprochen. In diesem Zusammenhang wurde beispielsweise auf einen Frauentag im Schwimmbad verwiesen.

1.9 Angebotsbereich: Jugendarbeit

Im Rahmen der quantitativen Umfrage wurde besonders der Bereich der offenen Jugendarbeit und der Betreuungsangebote am Nachmittag abgefragt. Auf Grund der Auswertung der Umfrage und der weiteren vorliegenden Materialien erscheint es aber gegeben, die Jugendarbeit insbesondere für MigrantInnen generell zu beleuchten.

28 Institutionen leisten in Lippstadt offene Jugendarbeit und Betreuungsangebote am Nachmittag; hiervon haben elf einen speziellen Einzugsbereich, 17 Einrichtungen geben an, gesamtstädtisch tätig zu sein. Die Einrichtungen mit speziellen Einzugsbereich liegen relativ gleichmäßig verteilt in Lippstadt Nord-West, Lippstadt Süd-West und dem Stadtkern.

Neben neun Schulen sind in der offenen Jugendarbeit und bei Betreuungsangeboten am Nachmittag insbesondere die freien Träger im Jugend- und Sozialbereich tätig (acht Institutionen). Auch vier Kirchengemeinden gaben an, in diesem Bereich aktiv zu sein.

In der quantitativen Umfrage, aber auch in den Dokumentationen des Vorgängerprojekts wird deutlich, dass im Jugendbereich sowohl Herausforderungen wie auch Bedarfe gesehen werden, die noch nicht mit den vorhandenen Angeboten abgedeckt sind. Laut den vorliegenden Materialien beginnt die Abschottung von der Aufnahmegesellschaft im Vorschulalter, setzt sich aber auch gerade bei Jugendlichen verstärkt fort. Wechselseitige Vorurteile und mangelnde Toleranz würden gerade in diesem Alter verfestigt. Bei bestimmten Migrantengruppen würde auch die Abgrenzung auf Basis der Religion zu diesem Zeitpunkt greifen. Dementsprechend wurde als ein Ergebnis des Projekts „Lippstadt braucht Zuwanderer – Zuwanderer brauchen Lippstadt“ gefordert, dass die Jugend- und Freizeitangebote zu verbessern seien. Die Ausweitung der offenen Jugendarbeit und der Betreuungsangebote wurde ebenfalls von 48 TeilnehmerInnen der quantitativen Umfrage gefordert. Ein Großteil (44) gab an, dass dies stadtteilunabhängig auf gesamtstädtischer Ebene zu erfolgen hätte. Darüber hinaus wird im Rahmen der Umfrage die Gruppe der Jugendlichen als künftig wichtigste Zielgruppe neben den Kindern im Vorschulbereich und bis 14 Jahren angeführt.

Konkret wurde in der quantitativen Umfrage beispielsweise angegeben, dass es mehr Angebote für Jugendliche und junge Erwachsene in den frühen Abendstunden geben

müsse. Unter Punkt 1.8 wurde bereits angesprochen, dass auch mehr besondere Sportangebote für muslimische Mädchen (und Frauen) eingerichtet werden sollten. Zahlreiche TeilnehmerInnen benannten, dass es eine stärkere Vermischung der Jugendlichen durch die Angebote geben solle, damit sich die bereits angesprochene Segregation nicht weiter etablieren könne. Deswegen müssten deutsche Jugendliche und Jugendliche mit Migrationshintergrund gemeinsam angesprochen werden.

1.10 Angebotsbereich: Schulsozialarbeit

16 Einrichtungen bieten in Lippstadt nach den ermittelten Daten des Sozialatlases und der quantitativen Umfrage Schulsozialarbeit an. Hier sind 13 Schulen, eine MSO, eine städtische Einrichtung und ein freier Träger im Sozialbereich tätig. Bei den Schulen fällt auf, dass insbesondere die Schulen in der Kernstadt (3), in den nördlichen Stadtteilen (3) und in Lippstadt Süd-West (5) Schulsozialarbeit anbieten. Besonders in Grundschulen (7) wird Schulsozialarbeit geleistet, gefolgt von den Haupt- und Realschulen.

Schulsozialarbeit tangiert das am höchsten priorisierte Handlungsfeld „Bildung und Ausbildung“ und betrifft gerade die beiden künftig als äußerst wichtig benannten Zielgruppen der Kinder bis 14 und Jugendlichen bis 18 Jahren. Vorhandene Angebotsstrukturen scheinen den Bedarf nicht ganz zu decken. Immerhin 43 der 117 TeilnehmerInnen der quantitativen Umfrage sprachen sich dafür aus, dass die Schulsozialarbeit intensiviert werden solle. Weder die Umfrage noch die Materialien des Projekts „Lippstadt braucht Zuwanderer – Zuwanderer brauchen Lippstadt“ zeigen darüber hinaus noch konkrete Herausforderungen oder sprechen spezielle Bedarfe in diesem Bereich an.

1.11 Angebotsbereich: Frauen- und Mädchenarbeit

Im Gegensatz zu vielen anderen Kommunen steht die Frauen- und Mädchenarbeit in Lippstadt nicht im besonderen Fokus des Integrationsgeschehens. Insgesamt gibt es im

gesamten Stadtgebiet 19 Institutionen, die sich insbesondere (auch) der Frauen- und Mädchenarbeit widmen.

Sechs der 19 Einrichtungen arbeiten nach eigenen Angaben mit speziellem Einzugsbereich. Die Katholische Bildungsstätte für Familien- und Erwachsenenbildung Paderborn (KBS) wie auch der Sozialdienst Katholischer Frauen (SKF) bieten Frauen und Mädchenarbeit sowohl im Bewohnerzentrum „Am Rüsing“ wie auch im Bewohnerzentrum „Juchaczstraße“ an. Die KBS arbeitet darüber hinaus im „Treff am Park“. Auch das Jugend- und Familienbüro, das Städtische Familienzentrum Blauland und die Droste-Rose Realschule bieten stadtteil- bzw. einrichtungsbezogen Angebote in diesem Bereich an.

Damit liegen die Angebote mit speziellem Einzugsbereich recht gleichmäßig verteilt in Lippstadt Nord-West (zwei Einrichtungen), Lippstadt Nord-Ost (zwei Einrichtungen), Lippstadt Süd-West (zwei Angebote), Lippstadt Süd-Ost (ein Angebot), Stadtkern (ein Angebot).

27 TeilnehmerInnen der quantitativen Umfrage sprachen sich dafür aus, dass dieser Angebotsbereich in Zukunft zu stärken ist. Damit liegt die Ausweitung der Frauen- und Mädchenarbeit insgesamt erst an zehnter Stelle. Auch bei der Frage nach den Zielgruppen mit Migrationshintergrund, die in Zukunft besonders anzusprechen sind, liegen die Frauen an drittletzter Stelle. Dies deutet darauf hin, dass hier kein übermäßig großer Bedarf gesehen wird und die vorhandenen Angebote als adäquat empfunden werden.

Trotzdem wurde bereits im Vorgängerprojekt mehrmals betont, dass es eine besondere Schwierigkeit gäbe, Frauen und Mädchen zu erreichen, insbesondere mit einem muslimischen Hintergrund. Auch im Rahmen der quantitativen Umfrage sprachen TeilnehmerInnen diesen Punkt an. Teilweise wurde auf den weiter oben bereits beschriebenen Ansatz verwiesen, besondere Sport- und Freizeitangebote für Frauen und Mädchen zu initiieren wie z.B. reine Frauentage im Hallenbad. Des weiteren wurde angesprochen, dass man mehr Angebote für Frauen mit Kindern einrichten solle.

1.12 Angebotsbereich: Familienarbeit

Familienarbeit ist ein wichtiges Thema der Integrationsarbeit in Lippstadt. 30 Institutionen sind in diesem Angebotsbereich in Lippstadt tätig; zwölf hiervon arbeiten mit einem speziellen Einzugsbereich. Zahlreiche Einrichtungen sind Kindertagesstätten und Kindergärten (acht Institutionen).

Auffällig viele der Angebote mit einem speziellen Einzugsbereich gibt es in Lippstadt Süd-West (fünf Angebote). Jeweils drei Angebote gibt es in Lippstadt Nord-West und Lippstadt Nord-Ost, zwei Angebote finden im Stadtkern statt, eines in Lippstadt Süd-Ost.

Die vorhandene Angebotsstruktur scheint die Bedarfe nicht zu decken. Im Rahmen der Befragung wurde deutlich, dass 45 der insgesamt 117 teilnehmenden Institutionen dafür sind, das Angebot in diesem Bereich auch in Zukunft auszuweiten. Nach den Kindern und Jugendlichen sollen Familien darüber hinaus in Zukunft die drittwichtigste Gruppe sein, die es anzusprechen gilt (55 Stimmen). Hier sprachen sich die TeilnehmerInnen der quantitativen Umfrage dafür aus, Familien aus der ehemaligen Sowjetunion (inklusive Aussiedler) gefolgt von muslimischen Familien besonders in den Mittelpunkt zu stellen.

Bei den vorliegenden Materialien des Projekts „Lippstadt braucht Zuwanderer – Zuwanderer brauchen Lippstadt“ ist deutlich, dass es gerade den Bereich der Elternarbeit in Zukunft zu stärken gilt. Dies sei besonders hinsichtlich der Unterstützung der Kinder durch die Eltern und der Mitarbeit der Eltern in Kindergärten und Schulen notwendig. Der spezielle Bereich der Elternarbeit wurde auch in der quantitativen Umfrage als wichtig angesprochen. Die Experteninterviews legen ebenfalls eine besondere Betonung auf die Elternarbeit.

1.13 Angebotsbereich: Pflege der eigenen Religion

Die Pflege der eigenen Religion ist ein Feld, das weder in den Materialien des Vorgängerprojekts noch in der quantitativen Umfrage und den qualitativen Interviews eine

große Rolle spielt. Nur elf Einrichtungen gaben an, dass sie in diesem Bereich tätig sind. Neun der Einrichtungen sind Kirchengemeinden bzw. an Gemeinden angebundene Institutionen, die sich über das gesamte Stadtgebiet verteilen.

Der Handlungsbereich Religion stand bei der Priorisierung der Handlungsfelder in der quantitativen Umfrage an letzter Stelle; auch bei der Ausweitung der Angebote belegte die Pflege der eigenen Religion den letzten Platz. In den Materialien des Projekts „Lippstadt braucht Zuwanderer – Zuwanderer brauchen Lippstadt“ spielte das Thema Religion zwar in einem an eine Integrationskonferenz anschließenden Arbeitskreis (AK Freizeit, Kultur, Sport und Religion) eine Rolle, aber auch hier wurden keine Herausforderungen und Bedarfe konkret angesprochen.

Dieses Ergebnis ist zwar eindeutig, jedoch ist eine gewisse Vorsicht angebracht. Es muss eindeutig darauf verwiesen werden, dass bestimmte Migrantenselbstorganisationen (MSOs) und Migrantengruppen, insbesondere Freikirchler mit einem russlanddeutschen Hintergrund und Muslime aus dem Nahen Osten sowie dem ehemaligen Jugoslawien hier eine andere Relevanz sehen. Diese Bedürfnisse außer Acht zu lassen, da diese Gruppen im Vorgängerprojekt kaum erreicht wurden und leider auch an der quantitativen Umfrage nur bedingt teilnahmen, wäre unklug. Sowohl bei strenggläubigen Aussiedlern wie auch bei vielen Muslimen spielt die Religion eine zentrale Rolle. Unterstrichen wird dies u.a. auch durch das Experteninterview mit Christoph Peters, dem Pfarrer der Johanneskirche und dessen Synodalbericht 2008 zu russlanddeutschen Christen in seiner Gemeinde.

Um zu diesen Gruppierungen gerade als Stadtverwaltung den Kontakt auf- oder auszubauen, muss dem Faktor der Religiosität Rechnung getragen werden. Dies kann auf verschiedenen Wegen erfolgen (z.B. durch Glückwünsche durch den Bürgermeister zu Festtagen, jährliche Besuche der Moscheegemeinde im Ramadan durch den Bürgermeister, engeren Kontakt mit den Gemeinden durch die zuständige Stelle für Integration etc.), sollte aber für einen erfolgreichen Integrationsprozess auf keinen Fall außen vor gelassen werden, worauf auch die Ergebnisse der Experteninterviews verweisen.

1.14 Weitere benannte Angebotsbereiche

In der quantitativen Umfrage und den Experteninterviews wie auch im Vorgängerprojekt wurden weitere Angebotsbereiche benannt, die in Zukunft gestärkt werden sollten. Die am häufigsten benannten Bereiche sollen hier aufgegriffen werden.

1.14.1 Dolmetscher

Von zahlreichen Institutionen wurde im Rahmen der Umfrage angesprochen, dass in verschiedensten Bereichen Dolmetscherdienste gefragt sind. Dies bezog sich auf Beratungsgespräche ebenso wie auf Dolmetscher für die Arbeit mit Eltern in Schulen und Kindergärten (siehe Punkt 3.1.2).

In diesem Zusammenhang wurde auch darauf hingewiesen, dass die Kontaktdaten von Übersetzern und Dolmetscher gesammelt werden könnten, um hier MigrantInnen zu unterstützen.

1.14.2 Angebote für Behinderte

Punktuell wurde darauf hingewiesen, dass bessere integrative Angebote für MigrantInnen mit Behinderungen bzw. für deren Angehörige zu schaffen seien.

1.14.3 Angebote für Seniorinnen

Ebenfalls punktuell wurde angesprochen, bessere integrative Angebote für SeniorInnen mit Migrationshintergrund bzw. für deren Angehörige zu schaffen. Hier wurde in den Experteninterviews darauf verwiesen, dass es einen Bedarf an interkulturellen Angeboten gebe, der die SeniorInnen auch mental fordere, indem sie sich mit Neuem beschäftigen müssten. Allerdings standen die SeniorInnen bei den in Zukunft anzusprechenden Zielgruppen in der quantitativen Umfrage mit 117 TeilnehmerInnen mit 26 Stimmen an letzter Stelle.

1.14.4 Angebote für Flüchtlinge

Abschließend muss noch darauf hingewiesen werden, dass auch der Bereich der Flüchtlingsarbeit punktuell benannt wurde (AWO, Arbeitsgemeinschaft Integration, Fachdienst Sonstige Soziale Leistungen). Der Fachdienst sah hier allerdings ausschließlich Bedarf im Bereich der Sprachkurse für Flüchtlinge und Asylbewerber. Die AWO und die Arbeitsgemeinschaft Integration sieht dagegen insgesamt Bedarf im Flüchtlingsbereich.

2. Querschnittsbereiche

2.1 Querschnittsbereich: MigrantInnen und Aufnahmegesellschaft

Bereits in den Dokumentationen des Projekts „Lippstadt braucht Zuwanderer – Zuwanderer brauchen Lippstadt“ wird deutlich, dass das grundlegende Zusammenleben von BürgerInnen mit und ohne Migrationshintergrund in Lippstadt nicht als optimal bezeichnet werden kann (ein Zustand, der natürlich generell eine Herausforderung der Integration auch über Lippstadt hinaus darstellt). Wechselseitige Vorurteile und mangelnde Toleranz seien bis heute wichtige Faktoren, die das Zusammenleben bestimmten. Viele MigrantInnen würden sich gegen die Aufnahmegesellschaft abschotten; oft sei hierfür die Basis die eigene religiöse Identität. Aber auch die Aufnahmegesellschaft sei oft keine „offene Gesellschaft“, die MigrantInnen willkommen heiße.

Die Segregation⁸ der MigrantInnen spiegelt sich dabei auch in der Ballung in bestimmten Stadtteilen wider. Dies ist auch der Stadtverwaltung bekannt. In den Materialien des Vorgängerprojekts geht dies soweit, dass von Gettoisierung gesprochen wird. Der Synodalbericht 2008 bringt die Konsequenzen für die russlanddeutsche Szene in Lippstadt auf den Punkt: die Entstehung von „russlanddeutschen Monokulturen“ betreffe nicht nur den sozialen Wohnungsbau, sondern auch die Neubausiedlungen. Mit anderen Worten, die Segregation setzt sich auch bei „sozialen Aufsteigern“ fort.

Außerdem wird sie nicht nur in der Ballung von MigrantInnengruppen in bestimmten Stadtteilen und Straßenzügen deutlich. Sämtliche vorliegende Materialien zeigen die Segregation und deren Folgen in den verschiedensten Gebieten, z.B.:

- mangelnde Beteiligung der Eltern an schulischen Gremien und in den KiTas
- mangelnde Beteiligung in politischen Institutionen
- mangelnde Vernetzung zwischen MSOs und freien Trägern sowie MSOs und der Stadtverwaltung
- Erreichen muslimischer Frauen und Mädchen ist besonders schwierig
- Kontinuität bildungsferner Schichten
- Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt

⁸ Absonderung, Trennung

- geringe Anzahl der Einbürgerungen
- hohe Kinderarmut
- Bereich der Religion, z.B. Gründung von Freikirchen bei Aussiedlern

Zwar gibt es in Lippstadt, wie sowohl der Sozialatlas als auch die quantitative Umfrage verdeutlichen, zahlreiche Angebote in den verschiedensten Bereichen, die dieser Segregation entgegenwirken sollen. Jedoch wurde deutlich, dass diese Angebote nach eigenen Aussagen zwar oft, aber nicht immer greifen. Gründe hierfür sind laut Umfrage:

- geringe Eigenmotivation
- Berührungängste mit der deutschen Umwelt
- Informationsdefizite über Angebote und deren Ziele
- kulturelle und soziale Differenzen
- Überlastung (beruflich, psychisch)

Im Rahmen des Projekts „Lippstadt braucht Zuwanderer – Zuwanderer brauchen Lippstadt“ wurde darüber hinaus darauf verwiesen, dass Angebote oft nicht genutzt würden, da sie nicht an die Bedarfe der Zielgruppe angepasst seien. Dies wiederum lasse sich darauf zurückführen, dass die Bedürfnisse der Betroffenen nicht bekannt seien.

Des weiteren wurde darauf hingewiesen, dass zu viele der Institutionen immer noch mit einer „Komm-Struktur“ arbeiteten, d.h. sich darauf verließen, dass die MigrantInnen zu den Institutionen kämen, anstatt auf diese zuzugehen und eine „Geh-Struktur“ zu entwickeln, also die MigrantInnen dort abzuholen, wo sie sind.

Wenn Angebote gut angenommen werden, so sind laut Ergebnisse der quantitativen Umfrage hier Gründe zu nennen wie:

- vorhandene Eigenmotivation
- verpflichtender Charakter der Maßnahme
- Niederschwelligkeit der Angebote
- Bedarfsgerechtigkeit der Angebote
- Kostenfreiheit der Angebote
- Wohnortnähe der Angebote (siehe Komm-Struktur vs. Geh-Struktur)
- (interkulturelle) Qualität der Arbeit

- Aufbau einer Vertrauensbasis, z.B. durch Akzeptanz und Wertschätzung der MigrantInnen
- MitarbeiterInnen mit Migrationshintergrund
- Mund-zu-Mund Propaganda unter MigrantInnen

Da die Motivation der MigrantInnen selber ein entscheidender Faktor ist, wurde in den Experteninterviews gerade von Seiten der Vertreter der Migrantenselbstorganisationen (MSOs) bestärkt. Es gäbe zahlreiche Angebote, die MigrantInnen bekannt seien oder über die sie sich unproblematisch bei Interesse informieren könnten. Allerdings sei die Motivation, die Angebote wahrzunehmen durchweg eher schwach ausgeprägt. Um die Motivation zu verbessern und Schwellenängste zu nehmen, könnte hier gezielt mit LotsInnen und Kontaktpersonen gearbeitet werden, so die ExpertInnen.

Im Rahmen der quantitativen Umfrage, aber auch der Experteninterviews und in den Dokumentationen des Projekts „Lippstadt braucht Zuwanderer – Zuwanderer brauchen Lippstadt“ zeigte sich eine weitere interessante Situation: bestimmte Gruppen sind stärker von Segregation betroffen als andere. Konkret wurden MigrantInnen aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion inklusive der AussiedlerInnen ebenso angesprochen wie türkische MigrantInnen oder genereller MigrantInnen mit muslimischen Hintergrund. Ein Dialog und ein Zusammenwachsen mit diesen Gruppen sei trotz erster Ansätze noch nicht sehr weit entwickelt, so der Tenor eines Experteninterviews. In der quantitativen Umfrage wurde hierbei insbesondere auf die Frauen und Mädchen mit muslimischen Hintergrund verwiesen, die schwierig zu erreichen seien. Sowohl die MigrantInnen aus der ehemaligen Sowjetunion wie auch solche mit türkischem und/ oder muslimischem Hintergrund wurden in der quantitativen Umfrage auch bei den in Zukunft besonders anzusprechenden Zielgruppen benannt und zwar bei allen Altersgruppe und unabhängig vom Geschlecht.

2.2 Querschnittsbereich: Transparenz der Angebote

Die vorhandene Transparenz der Angebote im Integrationsbereich in Lippstadt wird sehr unterschiedlich bewertet.

Zurzeit gibt es in Lippstadt von Seiten der Stadtverwaltung für die Schaffung von Transparenz im Integrationsbereich nur die relevanten Seiten im Internetauftritt der Stadt sowie den eingestellten Sozialatlas; die aktualisierte Form ist noch nicht eingepflegt, da dieser neu strukturiert werden soll, bzw. ein Großteil der Informationen in anderen Informationsbroschüren der Stadt zu finden ist. Nicht nur die Stadtverwaltung, sondern auch die in den Interviews befragten ExpertInnen sehen den Sozialatlas in seiner jetzigen Form kritisch. Es könne für ExpertInnen durchaus eine Langfassung geben, z.B. auf CD-ROM mit Suchfunktion. Die lange Fassung mit den zahlreichen Doppelungen sei jedoch für MigrantInnen nicht handhabbar. Hier könne man vielleicht eine Kurzfassung auflegen, die auch graphisch angenehm aufbereitet sei. Ob diese Kurzfassung zu übersetzen ist, wurde in den Interviews uneinheitlich gesehen, da die Gefahr bestünde, einige „kleinere“ Migrantengruppen vor den Kopf zu stoßen.

In den Dokumentationen des Vorgängerprojekts wurde an verschiedenen Stellen darauf verwiesen, dass die Vielfalt an Angeboten und Hilfen damit nicht transparent sei. Dies betreffe alle im Integrationsprozess involvierten Gruppen und Einzelpersonen, d.h. sowohl die MigrantInnen wie auch die im Integrationsbereich tätigen Akteure und die Verwaltung.

Hier wurde gefordert, dass gerade die Migrationsdienste mehr Öffentlichkeits- und Informationsarbeit leisten sollten. Wichtig sei auch die Fortführung und Anpassung des Sozialatlases, eventuell auf einer interaktiven Internetplattform. Darüber hinaus müsse es aber auch einen Leitfaden für MigrantInnen geben, in dem Institutionen, Angebote und Ansprechpartner aufgelistet sind.

Eine Erhöhung der Transparenz der Angebote wird auch in der quantitativen Umfrage gefordert. 83 der 117 TeilnehmerInnen forderten hier, eine bessere Schaffung von Transparenz der Angebote. Dies sind über 70%.

In den Experteninterviews wurde die Lage ebenfalls sehr unterschiedlich bewertet. So gaben die VertreterInnen der Migrantenselbstorganisationen (MSOs) fast durchweg an, dass die Transparenz gut und die Angebote den MigrantInnen bekannt seien, während die Befragten deutscher Institutionen eher darauf verwiesen, dass die Transparenz höchsten sektorell gegeben sei. Hier müsse verstärkt in die Migrantenselbstorganisationen (MSOs) gegangen werden, um Angebote zu bewerben, flankiert von Flyern in verschiedenen

Sprachen und dem Instrument der Mund-zu-Mund-Propaganda. Gezielt und nicht flächendeckend Flyer in verschiedenen Sprachen einzusetzen, sei auch vor dem Hintergrund der Sprachschwierigkeiten sinnvoll.

Auffällig war in den Experteninterviews, dass zwar eine Erhöhung der Transparenz von deutscher Seite gefordert wurde, MSOs dagegen kaum Wert darauf legen, ihre Angebote gegenüber anderen Migrantengruppen (oder Deutschstämmigen) offen zu legen. Hier wurde als Grund genannt, dass sich ihre Angebote eigentlich nur an die eigene Gruppe wenden würden.

2.3 Querschnittsbereich: Vernetzung der Akteure

Gerade die Materialien des Vorgängerprojekts „Lippstadt braucht Zuwanderer – Zuwanderer brauchen Lippstadt machen deutlich, dass im Bereich der Vernetzung der Akteure bereits einiges geschehen ist. 2002 wurde die Arbeitsgemeinschaft Integration (AGI) der Migrationsdienste gegründet. Es beteiligen sich:

- Arbeiterwohlfahrt
- Caritasverband (mittlerweile ausgeschieden)
- Deutsches Rotes Kreuz (mittlerweile ausgeschieden)
- Diakonie
- Sozialdienst katholischer Männer

Offensichtlich ist, dass hier eine wertvolle Vernetzung von freien Trägern im Sozial- und Jugendbereich initiiert wurde. Migrantenselbstorganisationen wurden jedoch bislang nicht miteinbezogen

Die AGI organisiert unter anderem die Integrationskonferenzen, die 2003 das erste Mal stattgefunden haben und seitdem fünf Mal durchgeführt wurden. Neben den freien Trägern im Sozial- und Jugendbereich nahmen hier vor allem die Stadt Lippstadt und der Kreis Soest, die Kirchengemeinden, Schulen und die Agentur für Arbeit teil. An der ersten Integrationskonferenz partizipierten insgesamt 36 TeilnehmerInnen, an der zweiten Konferenz 2004 dagegen bereits deutlich weniger (25 TeilnehmerInnen). Auffällig ist auch

hier, dass bis auf den Ausländerbeirat und die italienische katholische Mission keine Migrantenselbstorganisationen teilnahmen. Bei der letzten Integrationskonferenz 2009 nahmen hauptsächlich die Stadt Lippstadt, die freien Träger im Sozial- und Jugendbereich, Kindertagesstätten und Familienzentren, die Kirchengemeinden und die Agentur für Arbeit teil. Von Seiten der MSOs beteiligten sich ausschließlich der Ausländerbeirat und die Türkisch-Islamische Union. Allerdings hat sich die Beteiligung 2009 wieder verbessert: 35 Institutionen nahmen an der Konferenz teil⁹.

Im Anschluss an die Integrationskonferenzen tagten organisiert von der AGI 2003/2004 drei Arbeitskreise:

- AK Freizeit, Kultur, Sport, Religion
- AK Schule und Kindergarten
- AK Bildung und Arbeit

In den Arbeitskreisen scheint laut vorliegenden Protokollen der Informations- und Erfahrungsaustausch Thema gewesen zu sein. Dabei trafen sich die Arbeitskreise nach den vorliegenden Dokumentationen ein- bis zweimal. Bei dem Arbeitskreis Freizeit, Kultur, Sport, Religion, der zweimal tagte, war ein deutlicher Schwund der TeilnehmerInnen zu verzeichnen. Zum Teil waren die TeilnehmerInnen selber „enttäuscht über die geringe Anzahl der Interessierten am Arbeitskreis“¹⁰. Obwohl die Treffen nur jährlich anberaumt werden sollten, wurden sie nach 2004 nicht fortgesetzt. Als Grund wurden hier u.a. fehlende zeitliche Ressourcen angegeben.

Laut Protokoll nahmen an den Arbeitskreisen wiederum keine Migrantenselbstorganisationen statt, sondern Institutionen und Akteure, die sich fachspezifisch mit dem Thema Integration und anliegenden Themenfeldern (Arbeit, Bildung, Kultur, Sport) auseinandersetzen. Wie die AGI und die Integrationskonferenzen erscheinen die Arbeitskreise ein Forum der ExpertInnen zu sein.

Ein weiteres Beispiel für die Vernetzung von ExpertInnen ist das für 2005 ebenfalls im Rahmen des Vorgängerprojekts dokumentierte überkommunale Integrationsnetzwerk im

⁹ Die Informationen zur Integrationskonferenz 2009 stammen aus einem Telefonat mit einer Mitarbeiterin der AWO vom 21.10.2009

¹⁰ „Projekt Lippstadt braucht Zuwanderer – Zuwanderer brauchen Lippstadt“, Dokumentation und Analyse der bisherigen Vernetzung, 1. Meilenstein 01.07.2005 – 31.08.2005), S. 41

Kreis Soest mit dem Motto „Bildung ist Zukunft“, das sich mit dem Kernthema der Integrationskurse im Kreis Soest auseinandersetzt. Hierzu wird noch regelmäßig von der Regionalstelle des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) eingeladen. Zuletzt hat sich das Integrationsnetzwerk im September 2009 getroffen.

Außerdem gibt es das „Lippstädter Netzwerk für Frieden und Solidarität“, ein Zusammenschluss von ExpertInnen und Laien (Gruppen, Parteien, Kirchengemeinden und Einzelpersonen), das sich für ein gleichberechtigtes Miteinander aller Menschen in Lippstadt einsetzt. Besondere Schwerpunkte liegen auf der Arbeit gegen Rechtsextremismus sowie Migration und Integration insbesondere im Bereich Asylsuchende und Flüchtlinge. Aktionen beinhalten u.a. Ausstellungen, Lesungen, Vorträge, Beteiligung an Demonstrationen und Unterstützung von Flüchtlingen insbesondere von Kindern oder aber von Einzelpersonen und Familien, die abgeschoben zu werden drohen. Nach Aussagen einer Sprecherin des Netzwerkes beteiligen sich auch MigrantInnen, insbesondere junge Erwachsene¹¹.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass es zurzeit in der Stadt Lippstadt hauptsächlich eine gute Vernetzung der ExpertInnen und freien Träger gibt, insbesondere im Rahmen der AGI (obwohl auch hier noch nicht alle relevanten Akteure miteinbezogen werden, was das Ergebnis der quantitativen Umfrage verdeutlicht). Die Vernetzungsarbeit der freien Träger und ExpertInnen wurde fast durchweg positiv gesehen und nur punktuell moniert, es bliebe zu oft bei bloßen Besprechungen.

Die MigrantInnen und Migrantenselbstorganisationen (MSOs) blieben und bleiben jedoch oft außen vor, was auch in den Experteninterviews z.T. bemängelt wurde. In einem der Interviews wurde jedoch ebenfalls deutlich, dass dies bereits erkannt und gegengesteuert wird, z.B. indem nachgedacht wird, den Integrationsrat mit in die AGI einzubeziehen.

Laut Experteninterviews gibt es allerdings bei den jeweiligen freien Trägern der Sozial- und Jugendarbeit punktuelle Vernetzungen mit einzelnen Migrantenselbstorganisationen (MSOs). Hier wurde auch betont, dass die Migrantenselbstorganisationen (MSOs) auch zu den Integrationskonferenzen eingeladen werden. Die vorhandenen Informationen machen

¹¹ Die Informationen zum Netzwerk stammen aus einem Telefonat mit einer Sprecherin des Netzwerkes vom 21.10.2009

jedoch deutlich, dass diese hier nur sehr bedingt teilnehmen. Es ist auch grundsätzlich fraglich, ob bei einem einmal jährlichen Treffen und Kontakten einzelner Institutionen zu Migrantenselbstorganisationen (MSOs) von Vernetzung gesprochen werden kann.

In den Experteninterviews wurde darauf verwiesen, dass die Vernetzung zwischen den Migrantenselbstorganisationen (MSOs) selbst eher schwach und verbesserungswürdig ist – hier wurde z.B. ein gemeinsames Haus aller Migrantenselbstorganisationen (MSOs) vorgeschlagen, eine Idee, die sich punktuell auch in der quantitativen Umfrage wiederfand.

Ein weiterer, auffälliger Punkt ist die Vernetzung mit der Stadtverwaltung und deren Aktivitäten. Im bisherigen Prozess wurde deutlich, dass die Verwaltung am Vernetzungsgeschehen teilnimmt, jedoch nicht federführend ist. Hier wird eine deutlich Rollenänderung, gerade in den Experteninterviews, gefordert (siehe Punkt 4.4.1).

Abschließend bleibt noch auf das Ergebnis der Umfrageaktion hinsichtlich der Vernetzung hinzuweisen. Auch hier wird deutlich, dass die Vernetzung im jetzigen Maße noch nicht befriedigend ist: 74 von 117 Befragten sehen einen verstärkten Bedarf hinsichtlich der Vernetzung der Akteure im Integrationsbereich. Dies sind immerhin 63%. Außerdem gaben die TeilnehmerInnen auch zusätzlich bei offenen Fragestellungen in der quantitativen Umfrage einen Bedarf an Vernetzung an.

2.4 Querschnittsbereich: Die Rolle der Stadtverwaltung

2.4.1 Strategische Steuerung und Koordination durch die Stadtverwaltung

In der Vergangenheit hat die Stadtverwaltung die strategische Steuerung und Koordination des Integrationsprozesses zum Großteil nach Außen weitergegeben. Dies bezieht sich sowohl auf die oben dargestellten Vernetzungsaktivitäten wie auch auf die konkrete Durchführung des Projekts „Lippstadt braucht Zuwanderer – Zuwanderer brauchen Lippstadt“.

2009 hat die Verwaltung im Fachdienst Recht für das laufende Projekt

„Integrationskonzept für Lippstadt“ eine Stelle für die Koordinierung freigestellt. Hintergrund ist, dass die Stadtverwaltung selbst einen erhöhten Bedarf bei der Koordination und der Steuerung des Gesamtprozesses sah.

In den Experteninterviews wird deutlich, dass diese Steuerungsfunktion auch in Zukunft von der Stadtverwaltung wahrgenommen werden solle. Es müsse die Stelle eines „Integrationsbeauftragten“ bzw. einer „Integrationsbeauftragten“ geschaffen werden, die eine koordinierende Funktion habe. Bei dieser Stelle sollten alle Angebote zusammenlaufen und von ihr aus Interessenten weitervermittelt werden. Sie solle auch den Informationsfluss insbesondere zu den Migrantenselbstorganisationen (MSOs) verbessern, so dass mehr Informationen gebündelt an diese weitergegeben würden. Zusätzlich solle sie in die Migrantenselbstorganisationen (MSOs) gehen, um dort ein „bekanntes Gesicht“ und Ansprechpartner zu werden. Es solle auch eine enge Zusammenarbeit mit dem Integrationsrat geben. Z.T. wurde auch vorgeschlagen, der oder die Beauftragte könne den Arbeitskreis „Willkommen“ moderieren, da hier die moderierende Stelle vakant sei.

In den Experteninterviews wurde punktuell darauf verwiesen, dass es günstig sei, die Stelle eines „Integrationsbeauftragten“ direkt beim Bürgermeister als Querschnittsaufgabe anzusiedeln.

2.4.2 Interkulturelle Nachfrageorientierung der Stadtverwaltung

In der Dokumentation des Vorgängerprojekts, aber auch in den neueren Materialien wird deutlich, dass MigrantInnen oft Schwierigkeiten im Umgang mit Ämtern, Behörden und Agenturen haben. Dies ist zum großen Teil auf schlechte Erfahrungen (im Herkunftsland) zurückzuführen, auf interkulturelle Missverständnisse, Ängste und Frustration, die durchaus auch beide Seiten betreffen und Situationen, die eventuell grundsätzlich nicht unproblematisch sind, weiter verschärfen.

Hier wurde oft ein erhöhter Bedarf nach interkultureller Nachfrageorientierung der Stadtverwaltung angesprochen. Konkret wurde hierbei benannt, dass sich die Verwaltung interkulturell öffnet, z.B. durch interkulturelle Trainings und ähnliche Maßnahmen.

Auch eine Erhöhung der Ausbildungsbeteiligung und Beschäftigung von MigrantInnen in der Stadtverwaltung wurde angesprochen. Insgesamt haben von allen MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung zurzeit nur ca. 8% einen Migrationshintergrund. Von diesen haben nur ca. 8% die Vergütungsgruppe A 9 bzw. EG9 und höher.

Wichtig ist hierbei zu sehen, dass nicht nur die MigrantInnen, sondern auch die MitarbeiterInnen der Verwaltung von einer interkulturellen Nachfrageorientierung profitieren. Durch gezielte Unterstützung der MitarbeiterInnen im Rahmen von passgenauen Fortbildungsmaßnahmen wird die Arbeit der MitarbeiterInnen erleichtert. Wissen um die „Spielregeln“ anderer Kulturen und Selbstsicherheit im Umgang mit MigrantInnen entschärfen schwierige Situationen und reduzieren Stress. Sich an KollegInnen mit Migrationshintergrund wenden zu können, schafft eine zusätzliche Absicherung, sei es in konkreten Situationen mit MigrantInnen, sei es im Rahmen „kollegialer Beratung“, unabhängig ob diese institutionalisiert wird oder aber in einer Arbeitspause in der Teeküche stattfinden kann.

Als weiterer Punkt wurde in den Experteninterviews darauf verwiesen, dass es auch bei Pädagogen und Lehrkräften einen steigenden Bedarf an interkultureller Nachfrageorientierung gebe.

2.4.3 Öffentlichkeitsarbeit durch die Stadtverwaltung

Als ebenfalls wichtiger Punkt, der speziell die Stadtverwaltung betrifft, wurde im Bereich der Bedarfe eine Öffentlichkeitskampagne benannt. Diese könne ebenso zur Integrationsförderung und zur Propagierung einer „neuen Willkommenskultur“ dienen wie z.B. speziell zur Förderung des Erwerbs der deutschen Staatsbürgerschaft. Dass hier in Zukunft ein wichtiger Schwerpunkt liegen könnte, unterstreicht auch die Kennzahl zum Indikator „Anzahl der Einbürgerungen im Verhältnis zur Zahl der Ausländer mit Einbürgerungsanspruch“. Hier ließen sich 2008 nur 3,5% derjenigen einbürgern, die einen Anspruch hatten.

Punktuell wurde zusätzlich in der quantitativen Umfrage auch benannt, dass relevante Flyer der Stadtverwaltung in andere Sprachen übersetzt werden könnten. Darüber hinaus

sei jedoch relevant, dass sich eine derartige Kampagne auch an die deutschen BürgerInnen wende und eine Grundlage sei, mehr Informationen über die kulturellen Hintergründe von MigrantInnen zu geben.

3. Zwischenfazit: Kernaussagen der IST-Analyse

Zusammenfassend lassen sich auf Grundlage der gesammelten Materialien und den Schlüssen, die die IST-Analyse hieraus zieht, mehrere Kernaussagen formulieren, auf deren Basis die Handlungsempfehlungen und Maßnahmen der SOLL-Analyse entwickelt wurden.

Mit großer Übereinstimmung zeigen die ausgewerteten Materialien, dass die Hauptzielgruppen der Integrationsarbeit in Lippstadt in Zukunft insbesondere

- Kinder im Vorschulbereich
- Kinder bis 14 Jahre
- Familien
- und Jugendliche bis 18 Jahre sein sollen.

Hierbei gilt es insbesondere Menschen aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion inkl. der Aussiedler zu erreichen. Eine ebenso wichtige Gruppe sind Menschen mit Migrationshintergrund aus dem islamischen Kulturraum, wobei hier in den ausgewerteten Materialien immer wieder auf die große Herausforderung, Frauen und Mädchen zu erreichen, verwiesen wurde.

Wichtigste Handlungsfelder sollen zukünftig insbesondere:

- Bildung und Ausbildung
- Sprache
- und Integration im Allgemeinen sein.

Im Bereich der Angebote wurde erhöhter Bedarf in folgenden Bereichen festgestellt:

- Sprachförderung und Sprachkurse (unter Beachtung der z.T. eingeschränkten Motivation der MigrantInnen)
- Hausaufgabenhilfe (unter Beachtung des finanziellen Faktors)
- Ausweitung der Jugendarbeit (unter Beachtung des interkulturellen Faktors)
- Familienarbeit, insbesondere mit Familien aus der ehemaligen Sowjetunion inkl. Aussiedler und Familien aus dem islamischen Kulturraum
- Maßnahmen für Arbeitssuchende, insbesondere Jugendliche

Die dargestellten Querschnittsbereiche zeigen ebenfalls spezifische Herausforderungen auf:

- Segregation der Migrantengruppen (sowohl im Wohnumfeld wie auch im sozialen und kulturellen Bereich)
- z.T. geringe Motivation bei MigrantInnen (siehe auch Angebotsbereich Sprachförderung und Sprachkurse)
- an Zielgruppen und deren Bedarfen ausgerichtete Erhöhung der (Angebots)transparenz
- schlechte Vernetzung mit und unter den MigrantInnen/ Migrantenselbstorganisationen (MSOs)
- interkulturelle Nachfrageorientierung der Stadtverwaltung

V. Ergebnisse der SOLL-Analyse: Handlungsempfehlungen und Maßnahmen

Im Folgenden sollen die Handlungsempfehlungen und Maßnahmen vorgestellt werden, die im Rahmen der SOLL-Analyse ausgearbeitet worden sind. Es muss an dieser Stelle deutlich gesagt werden, dass diese Empfehlungen und Maßnahmen selbstverständlich nicht alle zeitgleich umgesetzt werden können und müssen. Sie sind als Vorschläge für die langfristige Arbeit im Integrationsprozess gedacht. Einige der Maßnahmen werden sich relativ kurzfristig und mit geringem Aufwand umsetzen lassen. Andere Maßnahmevorschläge zielen auf Projekte, die je nach konkreter Ausgestaltung mehrjährige Laufzeiten haben können. Die Stadtverwaltung und die in die Planung und Umsetzung der jeweiligen Maßnahme eingebundenen Institutionen müssen im Rahmen ihrer Arbeitsbedingungen entscheiden, welche Maßnahmen wann umgesetzt werden sollen und können.

1. Handlungsempfehlung: Sprachförderung und Sprachkurse intensivieren und koordinieren

In den Ergebnissen der IST-Analyse wurde deutlich herausgearbeitet, dass Sprache eines der wichtigsten Handlungsfelder für die zukünftige Integrationsarbeit in Lippstadt ist. Sowohl die Materialien des von der AWO betreuten Projekts wie auch die Ergebnisse der aktuellen quantitativen Umfrage und der Experteninterviews verweisen hierauf. Deutlich wurde, gerade im Rahmen des aktualisierten Sozialatlases und der quantitativen Umfrage aber auch, dass bereits eine Vielzahl an Angeboten in Lippstadt vorhanden ist.

Sprachförderung in Lippstadt sollte so nicht „neu erfunden“, sondern vielmehr intensiviert und koordiniert werden. Hierbei sind die verschiedenen Ebenen und Zielgruppen der Sprachförderung zu beachten.

1.1 Maßnahme: Erstellung eines Sprachförderkonzepts

Die Erstellung eines Sprachförderkonzepts beinhaltet mehrere Ziele. Zum einen werden vorhandene Maßnahmen gebündelt erfasst und können dann inhaltlich und strukturell

koordiniert und aufeinander abgestimmt werden. Dies beinhaltet auch die Formulierung eines Übergangsmanagements vom Elementar- in den Primar- und vom Primar- in den Sekundarbereich sowie in die daran anschließenden Bereiche der Erwachsenenbildung. Zum anderen bringt dies eine Vernetzung der vorhandenen Akteure mit sich, die eine wechselseitige Kenntnis ihrer Angebote und der Angebotsinhalte ermöglicht. Relevant ist die Erstellung eines praxisbezogenen, an der Situation in Lippstadt orientierten Konzepts, das eine Vereinheitlichung und systematische Abfolge von Sprachfördermaßnahmen in Lippstadt ermöglicht.

Rahmen einer möglichen Vorgehensweise wäre:

- Erhebung aller Angebote auf Grundlage der IST-Analyse und des Sozialatlases
- Erstellung einer SOLL-Analyse
- Auftaktkonferenz zur Entwicklung eines städtischen Konzepts zur Sprachförderung
- Arbeit in themenbezogenen Arbeitsgruppen
- Entwicklung einer homepage zur Transparenz der Angebote für ExpertInnen
- Zusammenführung der Ergebnisse der Erhebung und der Arbeitsgruppen zu einem städtischen Sprachförderkonzept

Die Erstellung eines Sprachförderkonzepts liegt im Bereich der möglichen Förderung durch den Fördertopf des Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration (MGFFI) NRW, KOMM-IN NRW.

1.2 Stakeholder im Handlungsfeld

Relevante Akteure im Handlungsfeld „Sprachförderung intensivieren und koordinieren“ und für die Erstellung eines Sprachförderkonzepts sind:

- Stadtverwaltung – Koordinierende Funktion im Integrationsbereich (z.Zt. angesiedelt im Fachbereich 3)
- Fachbereich 3, Fachdienst Einwohner- und Ausländerwesen
- Fachbereich 4, Fachdienst Schule und Sport
- Fachbereich 4, Fachdienst Volkshochschule
- Fachbereich 4, Fachdienst Bücherei

- Fachbereich 5, Fachdienst Allgemeine Jugendhilfe, Tageseinrichtungen für Kinder
- Schulen im Stadtgebiet, insbesondere Grund- und Hauptschulen sowie Berufsschulen
- Familienbildungsstätte/ KBS Paderborn
- Evangelische Erwachsenenbildung des Kirchenkreises Soest
- Weitere Anbieter von Sprachfördermaßnahmen, z.B. Kirchengemeinden, freie Träger, Migrantenselbstorganisationen (MSOs), berufsbezogene Institutionen

2. Handlungsempfehlung: Interkulturelle Jugendarbeit stärken

In der IST-Analyse wurde darauf verwiesen, dass der interkulturellen Jugendarbeit eine zentrale Bedeutung in der zukünftigen Integrationsarbeit in Lippstadt zukommen sollte. Hierbei sollten auf Grund der Ergebnisse der quantitativen Umfrage sowie der Experteninterviews auch berufsorientierte Elemente hinzugezogen werden.

Obwohl die Tendenzen, sich von der Mehrheitsgesellschaft abzuschotten, bereits im Elementarbereich nachvollzogen werden können, verfestigen sie sich gerade im Jugendalter. Kritisch erscheinen hierbei insbesondere drei Punkte:

- die Verfestigung von Vorurteilen und die z.T. äußerst unkritische Orientierung an „der eigenen Gruppe“
- Festschreibung der vom sozialen Umfeld sanktionierten und z.T. „religiös“ fundierten Rollenbilder
- damit einhergehend werden gerade Mädchen und junge Frauen zunehmend schlechter erreichbar

Hinzu kommt die Frage der Bildung, Ausbildung und beruflichen Qualifizierung. Jugendliche mit Migrationshintergrund schneiden auch in Lippstadt schlechter in der Schule ab, sind oft weniger über Berufs- und Ausbildungsmöglichkeiten informiert, werden hierbei von Familien weniger unterstützt und stehen vor größeren Herausforderungen bei der Suche eines Ausbildungsplatzes oder schulischer Weiterqualifizierung als „deutsche“ Jugendliche.

2.1 Maßnahme: Erstellung eines Konzepts der interkulturellen Jugendarbeit inklusive der Berufsberatung und Hilfestellung bei der Arbeitssuche

Es erscheint wenig sinnvoll an dieser Stelle bereits praxisbezogene Maßnahmen zu konzipieren. Vielmehr sollte ähnlich wie im Bereich der Sprachförderung an der Basis angesetzt werden und in Zusammenarbeit mit ExpertInnen und Betroffenen ein grundlegendes Konzept entwickelt werden, damit Ziele und konkrete Projekte sich an den von den ExpertInnen und Betroffenen gesehenen Bedarfen und vorhandenen Angeboten orientieren.

Dementsprechend könnte hier ebenfalls auf Basis des Sozialatlasses und der IST-Analyse vorhandene Angebote gesammelt werden. Auf dieser Basis macht es Sinn, ebenfalls mit Arbeitsgruppen aus ExpertInnen und Betroffenen zu arbeiten, die z.B. nach freizeit- bzw. berufs- und ausbildungsbezogenen Themenbereichen aufgeteilt werden, um gezielt weitere Bedarfe und vorhandene Fachkompetenz zu nutzen. Relevant für die Erstellung des endgültigen Konzepts ist, dass sich die so erarbeiteten Inhalte ergänzen und miteinander in der Praxis modular verbunden werden können.

Die Erstellung eines Konzepts der interkulturellen Jugendarbeit liegt im Bereich der möglichen Förderung durch den Fördertopf des Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration (MGFFI) NRW, KOMM-IN NRW. Eine weitere Möglichkeit der Förderung liegt ggf. beim Europäischen Integrationsfonds (EIF) oder aber bei der RWE-Stiftung.

2.2 Stakeholder im Handlungsfeld

Relevante Akteure im Handlungsfeld „Interkulturelle Jugendarbeit stärken“ sind:

- Stadtverwaltung – Koordinierende Funktion im Integrationsbereich (z.Zt. angesiedelt im Fachbereich 3)
- Fachbereich 5, Allgemeine Jugendhilfe, Jugend- und Familienbüro
- Fachbereich 5, Sonstige Soziale Leistungen
- Einrichtungen der Jugendarbeit der freien Träger, Kirchen und andere Organisationen
- weiterführende Schulen im Stadtgebiet

- Berufsschulen im Stadtgebiet
- Migrantenselbstorganisationen (MSOs)
- Integrationsrat
- Jugendmigrationsdienst der AWO
- Ambulante Jugendhilfe der freien Träger
- INI - Initiative für Jugendliche, Bildung & Arbeit e.V.
- Betreuer der „Jungen VHS“
- Musikschule
- Agentur für Arbeit
- ARGE Lippstadt, insb. Vermittlung Jugendliche U25

3. Handlungsempfehlung: Hausaufgabenhilfe optimieren und koordinieren

Gezielte Hausaufgabenhilfe ist ein Bereich über den Defizite im Sprach- und Bildungsbereich teilweise ebenfalls aufgefangen werden können. In der IST-Analyse wurde deutlich, dass es hier bereits zahlreiche Angebote gibt. Gleichzeitig zeigten insbesondere die Aussagen in den Experteninterviews, dass Eltern mit Migrationshintergrund oft wenig von Hausaufgabehilfeangeboten wissen bzw. kostenpflichtige Angebote nicht bezahlen können. Insgesamt wird somit der Bedarf in Lippstadt nicht gedeckt.

Ein wichtiger Schritt neben einer Ausweitung der Hausaufgabehilfeangebote wird es sein, die vorhandenen Angebote zu koordinieren und transparenter zu gestalten.

3.1 Maßnahme: Einrichtung eines Hausaufgabenhilfenetzwerks

Die vorhandenen Angebote zu koordinieren und transparenter zu gestalten ist am ehesten durch die Einrichtung eines langfristig bestehenden Hausaufgabenhilfenetzwerks möglich, an dem gezielt ausschließlich die Institutionen teilnehmen, die Hausaufgabenhilfe in Lippstadt anbieten. Diese sind durch den Sozialatlas und die IST-Analyse bereits weitestgehend erfasst. Zusätzlich könnte die Stadt Lippstadt oder z.B. ein freier Träger die

Moderation des Netzwerks übernehmen.

Eine Förderung aus dem Topf für gemeinwesenorientierte Maßnahmen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) kommt für diese Maßnahme in Betracht.

3.2 Maßnahme: Gewinnung von SeniorInnen für die Hausaufgabenhilfe

In anderen Kommunen hat sich gezeigt, dass ehrenamtliches Engagement eine Methode sein kann, die Angebote im Bereich der Hausaufgabenhilfe gezielt auszuweiten. SeniorInnen bringen oft die notwendigen Fähigkeiten mit, um erfolgreich Hausaufgabenhilfe anzubieten. Da sie nicht mehr berufstätig sind, verfügen sie auch über zeitliche Kontingente für ehrenamtliches Engagement und möchten ihre Kenntnisse einbringen. Um SeniorInnen hier zu gewinnen, gilt es eine Struktur zu schaffen, in der es einen Koordinator für diese ehrenamtliche Arbeit gibt, der sowohl SeniorInnen gewinnt wie auch durch gemeinsame Treffen, Fortbildungsveranstaltungen und Ausflüge eine Atmosphäre schafft, in der sich die EhrenamtlerInnen wertgeschätzt und gestärkt fühlen sowie die Möglichkeit haben, sich inhaltlich auszutauschen. Eine solche Stelle kann bei der Stadt angesiedelt werden (z.B. beim Büro für bürgerschaftliches Engagement) oder aber bei einem freien Träger. Beide Möglichkeiten sind in anderen Kommunen bereits realisiert. Als sinnvoll hat sich erwiesen, dass die hauptamtliche Begleitung auch inhaltliche Kenntnisse hinsichtlich der Hausaufgabenhilfe hat, eng mit dem Hausaufgabenhilfenetzwerk zusammenarbeitet und das interne Controlling sowie die Qualitätssicherung der Angebote übernimmt.

Auch hier könnte eine Förderung für gemeinwesenorientierte Maßnahmen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) beantragt werden. Alternativ gibt es die Möglichkeit, einen Antrag für das Förderprogramm „dieGesellschafter“ zu stellen. Hier ist das Fördervolumen geringer und der Antrag kann nicht von der Verwaltung gestellt werden. Auch das Förderprogramm „Neue Wege ins Ehrenamt“ von der Robert-Bosch-Stiftung bietet sich ggf. an.

3.3 Stakeholder im Handlungsfeld

Relevante Akteure im Handlungsfeld „Hausaufgabenhilfe optimieren und koordinieren“ und für die Einrichtung eines Hausaufgabenhilfenetzwerks sind:

- Stadtverwaltung – Koordinierende Funktion im Integrationsbereich (z.Zt. angesiedelt im Fachbereich 3)
- Fachbereich 4, Fachdienst Schule und Sport
- Fachbereich 5, Fachdienst Soziale Dienste, Büro für bürgerschaftliches Engagement
- Schulen im Stadtgebiet mit Hausaufgabehilfeangeboten
- freie Träger mit Hausaufgabehilfeangeboten
- Kindergärten und Kindertagesstätten mit Hausaufgabehilfeangeboten
- Migrantenselbstorganisationen (MSOs) mit Hausaufgabehilfeangeboten
- kirchliche Einrichtungen mit Hausaufgabehilfeangeboten
- privatwirtschaftliche Institutionen mit Hausaufgabehilfeangeboten

Relevante Institutionen für die Gewinnung von SeniorInnen für die Hausaufgabehilfe sind:

- Stadtverwaltung – Koordinierende Funktion im Integrationsbereich (z.Zt. angesiedelt im Fachbereich 3)
- Fachbereich 5, Fachdienst Soziale Dienste, Büro für bürgerschaftliches Engagement
- Bund der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen, Ortsverband Lippstadt
- Begegnungsstätte der AWO für SeniorInnen
- Treffpunkte der Ev. Kirchengemeinde Lippstadt für SeniorInnen
- Treffpunkte der Kath. Kirchengemeinde Lippstadt für SeniorInnen
- Bürgertreffs in Lippstadt
- Senioreneinrichtungen der Parteien, der Gewerkschaften
- Altenheime und Einrichtungen mit Seniorenwohnungen im Stadtgebiet
- Weitere relevante Einrichtungen wie: SeniorInnen Aktiv-Gruppe des DRK Ortsvereins, Internationale Seniorengruppe im Haus der Kulturen, Bewohnerzentrum „Am Rüsing“, TaP - Treff am Park, Senioren-Internet-Café der INI e.V., Caritas- Konferenzen, Ortsvorsteher der Stadtteile

4. Handlungsempfehlung: Stärkung der Elternarbeit

In der IST-Analyse wurde deutlich, dass Familienarbeit nicht nur einer der Angebotsbereiche ist, in dem bereits stark gearbeitet wird, sondern der auch in Zukunft noch ausgebaut werden sollte.

Im Rahmen des Vorgängerprojekts sowie der quantitativen und der qualitativen Umfrage lag ein Schwerpunkt hierbei speziell auf dem Bereich der Elternarbeit. Die im Folgenden vorgestellten Maßnahmen konzentrieren sich dementsprechend insbesondere auf diesen Bereich.

Da es laut beider Umfragen bereits Angebote in diesem Bereich gibt, erscheint es wiederum besonders sinnvoll, Maßnahmen durchzuführen, die sowohl auf der vernetzenden Ebene liegen und damit vorhandene Strukturen und Kompetenzen bündeln, als auch konkrete Projekte durchzuführen, die diese flankieren.

4.1 Maßnahme: Gründung eines Netzwerks Familienarbeit/ Elternarbeit

In der quantitativen Umfrage wurde deutlich, dass es gerade im Bereich der Familienarbeit bereits 29 Angebote von Institutionen gibt, die z.T. auch den spezifischeren Bereich der Elternarbeit mit abdecken.

Die Initiierung eines langfristig arbeitenden Netzwerks Familienarbeit/ Elternarbeit bietet sich dementsprechend an, um eine gezielte Vernetzung der Anbieter und damit eine Bündelung von Erfahrungen und Kompetenzen zu schaffen. Die Institutionen können sich absprechen und Angebote können im Sinne einer Best Practice aufeinander abgestimmt und zielgerichtet erweitert werden. Dies kann sowohl den übergeordneten Bereich der Familienarbeit wie auch den spezifischeren Bereich der Elternarbeit betreffen. Eventuell kann sich das Netzwerk mittelfristig thematisch aufteilen oder beschließen, sich auf einen der beiden Bereiche ausschließlich zu konzentrieren.

Wichtig ist, dass das Netzwerk professionell moderiert wird. Hier sind verschiedene Möglichkeiten denkbar: eine Moderation durch einen Fachdienst der Stadt, durch eine der Institutionen, die Familien- und Elternarbeit in der Praxis leisten oder aber nach einem rotierenden Verfahren. Dies hängt auch von dem Engagement der TeilnehmerInnen ab. Gerade zu Beginn könnte ein fester Moderator bzw. eine feste Moderatorin jedoch

durchaus vorteilhaft sein.

Es existiert eine Förderung für gemeinwesenorientierte Maßnahmen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), die für diese Maßnahme in Betracht kommt. Im Zusammenschluss mit der Einrichtung einer interkulturellen Elternschule könnte auch ein Antrag beim Europäischen Integrationsfonds (EIF) gestellt werden.

4.2 Maßnahme: Einrichtung einer Elternschule

Insbesondere in den Experteninterviews wurde deutlich, dass Eltern mit Migrationshintergrund gezielt unterstützt werden müssen, um wiederum ihren Kindern die nötigen Hilfestellungen zu leisten.

Deswegen wurde die Idee geäußert, eine Elternschule zu gründen. In dieser Elternschule sollten die Eltern über relevante Themen informiert werden, um so überhaupt erst einmal ein Grundwissen zu erreichen, was „deutschen“ Eltern vergleichsweise eher zur Verfügung steht wie z.B.:

- Schulsystem
- Sprachförderung
- Hausaufgabenhilfe
- Impfungen und Vorsorgeuntersuchungen
- Beratungseinrichtungen für Kinder und Jugendliche

Sinnvoll ist es, dass die Eltern frühzeitig fortgebildet und informiert werden, am besten kurz vor oder nach der Geburt des Kindes. Wichtig ist, die Eltern zu motivieren, sich stärker für die Kinder zu engagieren und gleichzeitig für sich selbst aktiv zu werden (z.B. im Bereich des Spracherwerbs), um die Kinder noch besser unterstützen zu können.

Eventuell kann die Elternschule auch durch ein „Familienpatenschaftssystem“ sinnvoll ergänzt werden. In diesem unterstützen deutsche Familien mit Kindern Migrantenfamilien mit Kindern und führen auf einer persönlichen Ebene Kinder und Eltern an relevante Punkte heran.

Diese Elternschule kann bei verschiedenen Institutionen angesiedelt sein wie z.B. den freien Trägern oder auch der VHS. Wichtig ist hierbei auf jeden Fall eine äußerst enge

Kooperation mit allen Migrantenselbstorganisationen (MSOs), damit die Eltern mit Migrationshintergrund auch über eine derartige Maßnahme informiert werden bzw. die (emotionale) Sicherheit haben, sich auf die Elternschule einlassen zu können.

Die Initiierung einer Elternschule liegt im Bereich der möglichen Förderung durch den Fördertopf der Europäischen Union, Europäischer Integrationsfonds (EIF). Eine andere Möglichkeit ist die Förderung für gemeinwesenorientierte Maßnahmen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF).

4.3 Maßnahme: Interkulturelle Ausgestaltung des Begrüßungspakets für Eltern

Im Rahmen der „Mobilen Beratung für Familien mit Säuglingen/ Kleinkindern“ gibt es in Lippstadt ein Begrüßungspaket für Eltern (mit Elternbriefen, Informationen zu Angeboten und Leistungen für Kleinkindern, einem Bilderbuch und einer „Leselatte“ mit Hinweisen, was Kinder wann in welchem Alter lesen).

Dieses Begrüßungspaket soll in Zukunft interkulturell ausgestaltet werden. Hier gibt es verschiedene inhaltliche Ansätze:

- Übersetzungen von Elternbriefen in relevante Sprachen
- Besondere Informationen für Eltern mit Migrationshintergrund (z.B. zu den Bereichen Spracherwerb und Sprachförderung)
- ein interkulturell gestaltetes Bilderbuch

Die interkulturelle Ausgestaltung des Begrüßungspakets flankiert damit einerseits die Elternschule, andererseits die bereits vorhandenen Maßnahmen im Bereich der „Mobilen Beratung für Familien mit Säuglingen/ Kleinkindern“.

Von der Methodik her, könnte ein Workshop mit den unter 4.4 aufgeführten Stakeholdern abgehalten werden oder aber eine detaillierte Umfrage unter den Stakeholdern die relevanten Informationen zur interkulturellen Ausgestaltung des Begrüßungspakets ermitteln. Die Umsetzung erfolgt durch die Stadtverwaltung.

4.4 Stakeholder im Handlungsfeld

Relevante Akteure im Handlungsfeld „Elternarbeit stärken“ und für die Einrichtung eines Netzwerks Familien-/ Elternarbeit sind:

- Stadtverwaltung – Koordinierende Funktion im Integrationsbereich (z.Zt. angesiedelt im Fachbereich 3)
- Fachbereich 5, Fachdienst Allgemeine Jugendhilfe, Jugend- und Familienbüro der Stadt Lippstadt
- Fachbereich 5, Fachdienst Soziale Dienste, „Mobile Beratung für Familien mit Säuglingen/ Kleinkindern“
- Fachbereich 5, Fachdienst Allgemeine Jugendhilfe, Kindergärten und Kindertagesstätten
- Familienzentren
- Schulen
- Migrantenselbstorganisationen (MSOs)
- Integrationsrat

Relevante Akteure für die Einrichtung einer Elternschule sind:

- Stadtverwaltung – Koordinierende Funktion im Integrationsbereich (z.Zt. angesiedelt im Fachbereich 3)
- Fachbereich 5, Fachdienst Allgemeine Jugendhilfe, Jugend- und Familienbüro der Stadt Lippstadt
- Fachbereich 5, Fachdienst Soziale Dienste, „Mobile Beratung für Familien mit Säuglingen/ Kleinkindern“
- freie Träger
- AGI
- VHS
- Familienbildungsstätte/ KBS Paderborn
- Evangelische Erwachsenenbildung des Kirchenkreises Soest
- Migrantenselbstorganisationen (MSOs)
- Integrationsrat

Relevante Akteure für die interkulturelle Ausgestaltung des Begrüßungspakets für Eltern

sind:

- Stadtverwaltung – Koordinierende Funktion im Integrationsbereich (z.Zt. angesiedelt im Fachbereich 3)
- Fachbereich 3, Fachdienst Einwohner- und Ausländerwesen
- Fachbereich 5, Fachdienst Soziale Dienste, „Mobile Beratung für Familien mit Säuglingen/ Kleinkindern“
- Fachbereich 5, Fachdienst Allgemeine Jugendhilfe, Jugend- und Familienbüro der Stadt Lippstadt
- Migrantenselbstorganisationen (MSOs)
- Integrationsrat
- freie Träger
- AGI

5. Handlungsempfehlung: Stärkung des Ehrenamts

In sämtlichen Kommunen ist deutlich, dass Integrationsarbeit nicht nur durch die ExpertInnen und Fachkräfte vor Ort geleistet werden kann. Vielmehr bedarf es einer gezielten Unterstützung durch EhrenamtlerInnen, die gewonnen und professionell begleitet werden müssen. Hier ist in Lippstadt das im Fachbereich 5 angesiedelte Büro für ehrenamtliches Engagement bereits aktiv.

EhrenamtlerInnen können in verschiedensten Bereichen unterstützend tätig werden. Dies wurde bereits in vorhergehenden Kapiteln deutlich (z.B. Gewinnung von SeniorInnen für die Hausaufgabenhilfe).

Zentral ist das Ehrenamt für die Schaffung von Transparenz und die Motivation der Menschen mit Migrationshintergrund (hier wurde in der IST-Analyse von Seiten aller Beteiligten wie dargestellt eine große Herausforderung gesehen). Ein Großteil der Kulturen von Menschen mit Migrationshintergrund ist stark personenorientiert; dies gilt auch bei der Rezeption von Informationen über Angebote, laufende Projekte und Maßnahmen. Dementsprechend ist der Weg, Transparenz über Angebote via Flyer, Presse, Internet oder

andere Instrumente zu schaffen, die durchaus die deutsche Öffentlichkeit oder aber ExpertInnen erreichen, hinsichtlich Menschen mit Migrationshintergrund nicht zielführend. Es gilt, die starke Orientierung an persönlichen Beziehungen zu nutzen, um Menschen mit Migrationshintergrund zu erreichen. Dies wurde auch in den Experteninterviews im Bereich der Gewinnung von Kontaktpersonen angesprochen. In diese Richtung geht die Idee der Gewinnung und Schulung von IntegrationslotsInnen.

In der quantitativen und qualitativen Umfrage wurde darüber hinaus deutlich, dass es an verschiedensten Stellen an DolmetscherInnen sowohl in sprachlicher wie auch kultureller Hinsicht fehlt – sei es in der Beratung oder aber in der Zusammenarbeit mit Eltern in Kindergärten, Kindertagesstätten und Schulen. Ehrenamtliche Sprach- und KulturdolmetscherInnen können keinen professionellen Dolmetscher ersetzen. Aber sie können erfolgreiche Brücken schlagen und Wege erleichtern, wie die Etablierung erfolgreicher Projekte in anderen Kommunen zeigt.

5.1 Maßnahme: Gewinnung und Schulung von IntegrationslotsInnen

Es gibt verschiedene konkrete Ausgestaltungen von IntegrationslotsInnenprojekten bundesweit. Allen gemeinsam ist, dass Menschen mit Migrationshintergrund, die über einen gewissen Bekanntheitsgrad in der eigenen Community verfügen, geschult werden, um andere Menschen mit Migrationshintergrund im Umgang mit der Mehrheitsgesellschaft zu unterstützen, sie an vorhandene Strukturen und Angebote heranzuführen sowie gezielt zu motivieren.

Schulungsinhalte können sein:

- Behördeninformationen
- Informationen zu vorhandenen Angeboten und Dienstleistungen
- Einblick in grundlegende rechtliche Hintergründe
- Kommunikations- und Diversitytraining
- Internetrecherche
- Arbeitsorganisation

Damit schaffen sie auf einer beziehungsorientierten Ebene Transparenz für die Mitglieder ihrer Community, motivieren diese und sind gleichzeitig für die Stadtverwaltung und freie

Träger wichtige AnsprechpartnerInnen, um vorhandene Bedarfe und Herausforderungen zu kommunizieren. Die Hauptfunktion der IntegrationslotsInnen liegt jedoch darin, Menschen mit Migrationshintergrund an geeignete Beratungsstellen und Angebote heranzuführen.

Die Betreuung und Koordinierung eines IntegrationslotsInnenprojekts kann bei der Stadtverwaltung, aber auch bei einem freien Träger oder einem gemeinnützigen Verein liegen. Wichtig ist die Kooperation mit verschiedenen Migrantenselbstorganisationen, um eine möglichst große Bandbreite an LotsInnen zu gewinnen.

Ein solches Projekt kann über KOMM-IN NRW oder den Europäischen Integrationsfonds (EIF) gefördert werden. Eine andere Möglichkeit, die in Berlin erfolgreich praktiziert wurde, liegt in einer Förderung durch das Jobcenter, das zur ARGE gehört. Eine Förderung durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) im Rahmen der gemeinwesenorientierten Maßnahmen kommt ebenfalls in Betracht. Bedenkenswert sind auch die Programme „Neue Wege ins Ehrenamt“ der Robert-Bosch-Stiftung oder „Integrationsgesellschaft“ der Freudenbergstiftung, wobei hier die Stadtverwaltung nicht Antragssteller sein kann.

5.2 Maßnahme: Gewinnung und Schulung von Sprach- und KulturdolmetscherInnen

Die Funktion von Sprach- und KulturdolmetscherInnen ist inhaltlich anders gelagert als die der IntegrationslotsInnen. Sprach- und KulturdolmetscherInnen haben die Aufgabe bei Situationen hinzugezogen zu werden, in denen ihre Kompetenzen im sprachlichen und interkulturellen Bereich benötigt werden, z.B. bei Elternabenden, Elternsprechtagen, in Beratungssituationen o.Ä. Dies beinhaltet, dass sie zumeist von Seiten der deutschen ExpertInnen hinzugezogen werden, aber auch von Seiten der Menschen mit Migrationshintergrund angesprochen werden können. Sie bilden also eine Art „Pool“ aus dem je nach Situation die jeweils passende Person genommen wird.

Ähnlich wie die IntegrationslotsInnen müssen die Sprach- und KulturdolmetscherInnen auf ihre Funktionen mittels Schulungen vorbereitet werden.

Die Maßnahme kann entweder alternativ oder flankierend zu den IntegrationslotsInnen eingesetzt werden.

Die Betreuung und Koordinierung der Sprach- und KulturdolmetscherInnen kann bei der Stadtverwaltung, aber auch bei einem freien Träger oder einem gemeinnützigen Verein liegen. Wichtig ist die Kooperation mit verschiedenen Migrantenselbstorganisationen (MSOs), um eine möglichst große Bandbreite an DolmetscherInnen zu gewinnen.

Ein solches Projekt kann über KOMM-IN NRW oder den Europäischen Integrationsfonds (EIF) gefördert werden. Ebenso wie bei den IntegrationslotsInnen sollten aber auch andere Möglichkeiten geprüft werden, wie z.B. eine Förderung durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) im Rahmen der gemeinwesenorientierten Maßnahmen oder die Programme „Neue Wege ins Ehrenamt“ der Robert-Bosch-Stiftung bzw. „Integrationsgesellschaft“ der Freudenbergstiftung, wobei hier die Stadtverwaltung nicht Antragssteller sein kann.

5.3 Stakeholder im Handlungsfeld

Relevante Akteure im Handlungsfeld „Stärkung des Ehrenamtes“ und für die Gewinnung und Schulung von IntegrationslotsInnen sind:

- Stadtverwaltung – Koordinierende Funktion im Integrationsbereich (z.Zt. angesiedelt im Fachbereich 3)
- Fachbereich 5; Fachdienst Soziale Dienste, Büro für ehrenamtliches Engagement
- Freie Träger, insbesondere Jugendmigrationsdienst der AWO, Haus der Kulturen
- AGI
- Arbeitskreis Willkommen
- Migrantenselbstorganisationen
- Integrationsrat
- kirchliche Einrichtungen, die insbesondere mit Menschen mit Migrationshintergrund zusammenarbeiten

Relevante Akteure für die Gewinnung und Schulung von Sprach- und Kulturdolmetschern sind:

- Stadtverwaltung – Koordinierende Funktion im Integrationsbereich (z.Zt. angesiedelt im Fachbereich 3)
- Fachbereich 5; Fachdienst Soziale Dienste, Büro für ehrenamtliches Engagement

- Freie Träger, insbesondere Jugendmigrationsdienst der AWO, Haus der Kulturen
- AGI
- Arbeitskreis Willkommen
- Migrantenselbstorganisationen
- Integrationsrat
- kirchliche Einrichtungen, die insbesondere mit Menschen mit Migrationshintergrund zusammenarbeiten

6. Handlungsempfehlung: Erhöhung der Angebotstransparenz

In der IST-Analyse wurde deutlich, dass nicht nur die vorhandene Transparenz der Angebote in Lippstadt sehr unterschiedlich bewertet wurde, sondern auch die Wege der Schaffung von Transparenz insbesondere für MigrantInnen. Bereits unter Punkt 5 wurde deutlich, dass hier die Gewinnung und Schulung von IntegrationslotsInnen der Personenorientierung von Menschen mit Migrationshintergrund bei der Schaffung von Transparenz Rechnung trägt.

Parallel bleibt die Frage, wie die Transparenz der Angebote bei den ExpertInnen der Integrationsarbeit und der „deutschen Bevölkerung“ zu schaffen ist. Dabei ist insbesondere der vorhandene Sozialatlas anzusprechen. Meinungen hierzu sind äußerst unterschiedlich. Hier gilt es, in Zukunft eine gemeinsame Linie zu finden.

6.1 Maßnahme: Workshop: Nutzung des Sozialatlases

Im Verlauf des laufenden KOMM-IN Projekts „Integrationskonzept für Lippstadt“ ist noch ungeklärt, wie in Zukunft mit dem Sozialatlas und dessen Informationen verfahren werden soll. Einig sind sich insbesondere die ExpertInnen, dass der Sozialatlas in seiner jetzigen Form unübersichtlich ist und z.T. Doppelungen mit anderen Informationsbroschüren der Stadt Lippstadt vorliegen (Wegweiser Nicht nur für Frauen, Stadt Lippstadt informiert, Aktiv im Alter in Lippstadt – Wissenswertes für Seniorinnen und Senioren; in Planung sind weitere Broschüren für Familien und Menschen mit Behinderungen).

Ist der Sozialatlas grundsätzlich sinnvoll? Soll er in einem anderen Format mit einer strikten Eingrenzung auf den Bereich Integration nur für ExpertInnen aufgelegt werden? Oder sind gerade die ExpertInnen bereits so gut informiert, dass sie den Sozialatlas gar nicht benötigen? Die Ergebnisse der quantitativen und qualitativen Umfrage führen zu keiner eindeutigen Aussage. Der beste Weg, hier für alle Beteiligten und Betroffenen eine gemeinsame Linie zu finden, ist ein eintägiger Workshop, in dem der Sozialatlas, sein Format und seine zukünftige Umsetzung diskutiert werden und eine Vorgehensweise beschlossen wird.

Der Workshop sollte, wenn möglich, von der Stadt Lippstadt durchgeführt werden, da der Sozialatlas zurzeit von der Stadtverwaltung betreut wird. Eventuell kann der Workshop an einen anderen Förderantrag, z.B. bei KOMM-IN NRW für die Erstellung eines Sprachförderkonzepts, angedockt werden.

6.2 Maßnahme: Interkulturelle Ausgestaltung des Begrüßungspakets für neu Zugezogene

In Lippstadt gibt es für neu Zugezogene ein Begrüßungspaket. Dieses soll – ähnlich wie das Begrüßungspaket für Eltern – interkulturell ausgestaltet werden, um neu zuziehende Menschen mit Migrationshintergrund gezielt anzusprechen und diese über vorhandene Angebote und Institutionen zu informieren.

Hier gibt es verschiedene inhaltliche Ansätze:

- Übersetzungen von wichtigen Informationen in relevante Sprachen
- Einbeziehung besonderer Informationen für Menschen mit Migrationshintergrund (z.B. zu den Bereichen Spracherwerb und Sprachförderung, Arbeit des Integrationsrats)

Von der Methodik her, könnte, wie bei dem Begrüßungspaket für junge Eltern, ein Workshop mit den unter 6.3 aufgeführten Stakeholdern abgehalten werden oder aber eine detaillierte Umfrage unter den Stakeholdern die relevanten Informationen zur interkulturellen Ausgestaltung des Begrüßungspakets ermitteln. Die Umsetzung erfolgt durch die Stadtverwaltung.

6.3 Stakeholder im Handlungsfeld

Relevante Akteure im Handlungsfeld „Erhöhung der Angebotstransparenz“ für die Gewinnung und Schulung von IntegrationslotsInnen: siehe Punkt 5.5.

Relevante Akteure für den eintägigen Workshop: Nutzung des Sozialatlasses sind:

- Stadtverwaltung – Koordinierende Funktion im Integrationsbereich (z.Zt. angesiedelt im Fachbereich 3)
- Fachbereich 5, Fachdienst Soziale Dienste
- Fachbereich 5, Fachdienst Sonstige Soziale Leistungen
- Büro des Bürgermeisters, Pressereferat
- Gleichstellungsstelle
- Freie Träger: SKM, SKF, AWO, Diakonie Ruhr-Hellweg
- AGI

Relevante Akteure für die interkulturelle Ausgestaltung des Begrüßungspakets für neu Zugezogene sind:

- Stadtverwaltung – Koordinierende Funktion im Integrationsbereich (z.Zt. angesiedelt im Fachbereich 3)
- Büro des Bürgermeisters, Pressereferat
- Fachbereich 3, Fachdienst Einwohner- und Ausländerwesen
- Migrantenselbstorganisationen (MSOs)
- Integrationsrat
- freie Träger
- AGI

7. Handlungsempfehlung: Interkulturelle Nachfrageorientierung der Stadtverwaltung entwickeln

Ein wichtiger Punkt, der sowohl im Vorgängerprojekt „Lippstadt braucht Zuwanderer – Zuwanderer brauchen Lippstadt“ wie auch im laufenden Projekt „Integrationskonzept für Lippstadt“ deutlich wird, ist die entscheidende Rolle der Stadtverwaltung im Integrationsprozess. Wichtig ist, diese Rolle noch zu definieren und inhaltlich soweit strukturell stärker zu füllen, wie dies für die Stadtverwaltung möglich ist.

Die drei im Folgenden vorgestellten Maßnahmen zeigen hier Möglichkeiten auf, die interkulturelle Nachfrageorientierung der Stadtverwaltung nachhaltig zu optimieren und zu stärken.

7.1 Maßnahme: Stärkung der Gewinnung von Menschen mit Migrationshintergrund für den öffentlichen Dienst

In den Integrationsindikatoren wird unter Punkt 35 deutlich, dass nur 8% aller Beschäftigten in der Stadtverwaltung einen Migrationshintergrund haben; hiervon haben 92% eine Vergütungsgruppe unter EG9/ A9.

Mehr Menschen mit Migrationshintergrund für den öffentlichen Dienst zu gewinnen hat vielerlei Vorteile:

- das Image der Verwaltung wird gestärkt
- das Vertrauen der Menschen mit Migrationshintergrund gegenüber der Verwaltung wird höher
- das interkulturelle Wissen und die interkulturelle Kompetenz in der Verwaltung nimmt zu
- dies kommt durch kollegialen Austausch auch „deutschen“ KollegInnen zu Gute
- Menschen mit Migrationshintergrund können an Schlüsselstellen eingesetzt werden, an denen besonders viel Kundenverkehr mit MigrantInnen besteht (z.B. Fachdienst Einwohner- und Ausländerwesen) und den dortigen Arbeitsablauf erleichtern

Eine gezielte Kampagne an Schulen und in Zusammenarbeit mit Migrantenselbstorganisationen (MSOs) kann Schlüssel zur Gewinnung von Menschen mit Migrationshintergrund sein. Eine derartige Kampagne muss neben Plakaten und Flyern

auch Informationsveranstaltungen in Schulen und den Migrantenselbstorganisationen beinhalten. Hier sollten die in der Stadtverwaltung arbeitenden MigrantInnen einbezogen werden. Zusätzlich könnten die IntegrationslotsInnen geschult werden, für die Ausbildung und Arbeit in der Stadtverwaltung zu werben. Wichtig wäre es, diese „Module“ durch flankierende Praktika zu verstärken und hier in der Zeit vor den schulischen Praktika ebenfalls intensiv zu werben.

Eine KOMM-IN NRW Förderung wäre möglich, wenn die Stärkung der interkulturellen Nachfrageorientierung in der Verwaltung ein Teilaspekt des Antrags wäre.

7.2 Maßnahme: Interkulturelle Schulung der MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung

Interkulturelle Schulungen der MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung sind insbesondere in den Bereichen sinnvoll, die verstärkt mit Menschen mit Migrationshintergrund zu tun haben (Fachbereich 3 Recht und Ordnung, Fachbereich 5 Jugend und Soziales) und für die MitarbeiterInnen auf Führungsebene, die die Verwaltungsarbeit strategisch steuern.

Die Erfahrung anderer Kommunen zeigt, dass es vorteilhaft ist, die MitarbeiterInnen nicht zu verschiedenen externen Schulungen zu schicken, die oft unterschiedliche Schwerpunkte und eventuell auch qualitative Unterschiede aufweisen können. Eine inhouse Schulung hat den Vorteil, dass Inhalte der Fortbildung auf die Bedarfe vor Ort gezielt zugeschnitten werden können.

Wichtig ist, die MitarbeiterInnen auf die Schulung vorzubereiten. Leicht entsteht der Eindruck, dass die geleistete Arbeit „schlecht gemacht“ werden soll und die vom Arbeitsplatz diktierten Bedürfnisse von den interkulturellen TrainerInnen der Schulung nicht wahrgenommen werden. Dementsprechend sollte die Schulung immer kompetenzorientiert sein, also zeigen, dass die MitarbeiterInnen über Kompetenzen verfügen, die in der Schulung verstärkt und optimiert werden.

Eine KOMM-IN NRW Förderung wäre möglich, wenn die Stärkung der interkulturellen Nachfrageorientierung in der Verwaltung ein Teilaspekt des Antrags wäre.

7.3 Maßnahme: AnsprechpartnerIn für Integration in der Verwaltung

Im Rahmen des laufenden Projekts „Integrationskonzept für Lippstadt“ wurde von den Beteiligten der Wunsch geäußert, dass es einen Ansprechpartner/ eine Ansprechpartnerin für den Integrationsbereich in der Stadtverwaltung auch in Zukunft geben solle. Die Integrationsarbeit anderer Kommunen zeigt, dass dieser Ansprechpartner/ diese AnsprechpartnerIn verschiedene Funktionen erfüllen kann wie z.B.:

- Koordination und strategische Steuerung der Integrationsarbeit der Stadtverwaltung
- Weitergabe von Impulsen aus der Verwaltung in den gesamtstädtischen Integrationsprozess
- Bündelung und Umverteilung von integrationsrelevanten Informationen
- Kontaktaufnahme und Zusammenarbeit mit den Akteuren im Integrationsprozess, insbesondere auch mit den Migrantenselbstorganisationen (MSOs)
- Durchführung eines Integrationsmonitorings für die Verwaltung z.B. durch jährliche Auswertung der ermittelten Integrationsindikatoren

Verschiedene Modelle der praktischen Umsetzung innerhalb der Verwaltung sind hierbei möglich.

7.4 Stakeholder im Handlungsfeld

Relevante Akteure im Handlungsfeld „Interkulturelle Nachfrageorientierung der Stadtverwaltung“ für die Gewinnung von Menschen mit Migrationshintergrund für den öffentlichen Dienst:

- Stadtverwaltung – Koordinierende Funktion im Integrationsbereich (z.Zt. angesiedelt im Fachbereich 3)
- Fachbereich 1, Fachdienst Personal
- Fachbereich 4, Fachdienst Schule und Sport
- Fachbereich 5, Fachdienst Allgemeine Jugendhilfe, Familien- und Jugendbüro
- Büro des Bürgermeisters, Pressestelle
- Gleichstellungsstelle
- Schulen

- Migrantenselbstorganisationen (MSOs)
- Integrationsrat
- Jugendmigrationsdienst der AWO
- Wenn vorhanden: IntegrationslotsInnen

Relevante Akteure für die interkulturelle Schulung der MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung:

- verwaltungsintern

Relevante Akteure für die Schaffung einer Stelle für Integration:

- verwaltungsintern

8. Handlungsempfehlung: Vernetzung der Akteure optimieren

In Lippstadt gibt es z.T. bereits eine sehr gute Vernetzung der verschiedenen Akteure im Integrationsbereich. Beispiel hierfür ist die AG Integration (AGI), in der die freien Träger in Lippstadt vernetzt sind.

Die Handlungsempfehlung „Vernetzung der Akteure optimieren“ zielt deswegen nur z.T. auf die Schaffung neuer Netzwerke, die themenspezifisch ausgerichtet sein sollten wie z.B. ein Hausaufgabenhilfenetzwerk, ein Netzwerk Familienarbeit/ Elternarbeit (siehe oben) oder ein Runder Tisch Integration. Es ist parallel auch zu prüfen, ob bestehende Vernetzungsstrukturen von ihren Zielsetzungen her für Migrantenselbstorganisationen (MSOs) attraktiv sind, damit Doppelungen und unnötige Zusatzbelastungen für alle Beteiligten vermieden werden.

8.1 Maßnahme: Verstärkte Einbeziehung der

Migrantenselbstorganisationen (MSOs) in die bestehenden Netzwerke

An den Dokumentationen des Vorgängerprojekts und der AG Integration (AGI) wird deutlich, dass die Migrantenselbstorganisationen (MSOs) noch nicht so stark in die Vernetzungsstruktur eingebunden sind, wie dies wünschenswert ist. Dies bezieht sich sowohl auf die laufende Arbeit der AGI wie auch auf die Teilnahme der Migrantenselbstorganisationen (MSOs) an wichtigen Veranstaltungen wie z.B. der ungefähr

im Jahresrhythmus stattfindenden Integrationskonferenz.

Die Einbeziehung des neu zu bildenden Integrationsrats in Lippstadt stellt hier einen entscheidenden Anfang dar, ist jedoch nicht hinreichend. Es wäre relevant, dass die VertreterInnen der AGI und der Integrationsrat zusammen mit der Stelle für Integration folgende Punkte klären:

- Müssen die Migrantenselbstorganisationen (MSOs) in die laufende Arbeit der AGI einbezogen werden?
- Wenn nicht: wie schafft man es, die VertreterInnen der Migrantenselbstorganisationen (MSOs) für eine stärkere Teilnahme an den Integrationskonferenzen zu gewinnen (Änderung der Struktur und Inhalte der Integrationskonferenz, gemeinsame Planung der Konferenz in Zusammenarbeit mit ausgesuchten Migrantenselbstorganisationen etc.)?
- Wenn nicht: müssen zusätzliche Netzwerke geschaffen werden oder bieten sich eventuell andere bestehende Kreise wie z.B. der Arbeitskreis Willkommen für die stärkere Vernetzung mit den Migrantenselbstorganisationen (MSOs) an?

Diese Maßnahme bedarf nicht der externen Förderung, sondern der Zusammenarbeit der unter 8.3 genannten Akteure. Eine Moderation sollte sichergestellt sein.

8.2 Maßnahme: Einrichtung eines Runden Tisches Integration

Es ist anzunehmen, dass die laufende Arbeit der AGI zum größten Teil Themen aufgreift, die zwar für ExpertInnen der Integrationsarbeit jedoch nicht zwangsläufig für Migrantenselbstorganisationen (MSOs) interessant sind. Wie unter Punkt 8.1 beschrieben ist es auch grundsätzlich wichtig, die Migrantenselbstorganisationen für eine stärkere Mitarbeit bei den Integrationskonferenzen zu gewinnen. Eine in der IST-Analyse angesprochene Stärkung der dauerhaften Vernetzung der MSOs mit der Stadtverwaltung und den freien Trägern ist hiermit jedoch nicht gegeben.

Vor diesem Hintergrund scheint es sinnvoll, zu prüfen, ob andere Arbeitskreise diese Funktion übernehmen können (wie z.B. der Arbeitskreis Willkommen) oder ob unter Federführung der Stadt Lippstadt ein Runder Tisch Integration zu schaffen ist. Es ist auch zu untersuchen, inwiefern bei der Schaffung dieses Runden Tisches ein Stadtteilbezug gewährleistet werden kann.

Bei einem Runden Tisch (oder einem anderen, dessen Funktion übernehmender Arbeitskreis) können die Migrantenselbstorganisationen, die freien Träger, interessierte Schulen und Kindergärten/ Kindertagesstätten mit hohem Migrantenanteil zusammenkommen, um sich unter Führung der Stadt Lippstadt zu vernetzen.

Die Zielsetzungen der Arbeit des Runden Tisches können sein:

- Vorstellung der eigenen Arbeit
- Wissen um Strukturen und Angebote der Migrantenselbstorganisationen (MSOs)
- Kommunikation von Wünschen und Bedarfen
- Entwicklung von Ideen für Projekte und Maßnahmen
- Schaffung einer wechselseitigen Vertrauensbasis
- Diskussion vorhandener Herausforderungen

Diese Maßnahme bedarf nicht der externen Förderung, sondern der Zusammenarbeit der unter 8.3 genannten Akteure. Eine Moderation sollte sichergestellt sein.

8.3 Stakeholder im Handlungsfeld

Relevante Akteure im Handlungsfeld „Vernetzung der Akteure optimieren“ für die verstärkte Einbeziehung von Migrantenselbstorganisationen (MSOs) in bestehende Netzwerke:

- Stadtverwaltung – Koordinierende Funktion im Integrationsbereich (z.Zt. angesiedelt im Fachbereich 3)
- Fachbereich 3, Fachdienst Einwohner- und Ausländerwesen
- Fachbereich 5, Fachdienst Sonstige Soziale Leistungen
- Mitglieder der AGI
- Integrationsrat

Relevante Akteure für die Einrichtung eines Runden Tisches Integration:

- Stadtverwaltung – Koordinierende Funktion im Integrationsbereich (z.Zt. angesiedelt im Fachbereich 3)
- Fachbereich 3, Fachdienst Einwohner- und Ausländerwesen
- Fachbereich 4, Fachdienst Schule und Sport
- Fachbereich 5, Fachdienst Sonstige Soziale Leistungen

- Mitglieder der AGI
- freie Träger
- Integrationsrat
- Migrantenselbstorganisationen
- Kindergärten und Kindertagesstätten mit hohem Migrantenteil
- Schulen mit hohem Migrantenteil
- kirchliche Einrichtungen, die insbesondere mit Menschen mit Migrationshintergrund zusammenarbeiten

9. Übersicht der Maßnahmen und Handlungsempfehlungen

Lfd. Nr.	Handlungsempfehlung	Maßnahme
1	Sprachförderung intensivieren und koordinieren	Erstellung eines Sprachförderkonzepts
2	Interkulturelle Jugendarbeit stärken	Erstellung eines Konzepts der interkulturellen Jugendarbeit inklusive der Berufsberatung und Hilfestellung bei der Arbeitssuche
3	Hausaufgabenhilfe optimieren und koordinieren	Einrichtung eines Hausaufgabenhilfenetzwerks
		Gewinnung von SeniorInnen für die Hausaufgabenhilfe
4	Stärkung der Elternarbeit	Gründung eines Netzwerks Familienarbeit/ Elternarbeit
		Einrichtung einer Elternschule
		Interkulturelle Ausgestaltung des Begrüßungspakets für Eltern
5	Stärkung des Ehrenamts	Gewinnung und Schulung von IntegrationslotsInnen
		Gewinnung und Schulung von Sprach- und KulturdolmetschernInnen

6	Erhöhung der Angebotstransparenz	Workshop: Nutzung des Sozialatlases
		Interkulturelle Ausgestaltung des Begrüßungspakets für neu Zugezogene
7	Interkulturelle Nachfrageorientierung der Stadtverwaltung entwickeln	Stärkung der Gewinnung von Menschen mit Migrationshintergrund für den öffentlichen Dienst
		Interkulturelle Schulung der MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung
		AnsprechpartnerIn für Integration in der Verwaltung
8	Vernetzung der Akteure optimieren	Verstärkte Einbeziehung der Migrantenselbstorganisationen in die bestehenden Netzwerke
		Einrichtung eines Runden Tisches Integration

VI. Anhang

1. Indikatorenset

Lfd. Nr.	Kurzbeschreibung des Indikators	Erfasste Kennzahl
Bereich: Demographische Daten		
1	Zahl der Ausländer in Lippstadt	Kernstadt: 5.142 Insgesamt: 6.339 Ausländeranteil: 8,9% (2008)
2	Ausländeranteile in den Stadtteilen	Stadtkern: 744 Nord-West: 1.696 Nord-Ost: 411 Süd-Ost: 781 Süd-West: 1.510 ca. 81% der Ausländer leben in der Kernstadt (2008)
3	Ausländeranteil 0- 14-Jährige (%)	ca. 7,4% (2008)
4	Ausländeranteil 15- bis unter 25-Jährige (%)	ca. 10,9% (2008)
5	Ausländeranteil 25- bis unter 65-Jährige (%)	ca. 12,5% (2008)
6	Ausländeranteil ab 65-Jährige (%)	ca. 3,8% (2008)
7	Anteil der AussiedlerInnen (%)	ca. 9% (2008)

Bereich: Sprache und Bildung		
8	Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund (MH) in allen KiTas in Lippstadt	3 Jahre = ca. 32% 4 Jahre = ca. 35% 5 Jahre = ca. 32% hoher Anteil bei Kindergärten in Stadtteilen mit hohem Migrantenanteil (2008)
9	Anzahl der Kinder in städtischen KiTas im letzten Jahr vor der Einschulung nach MH	32% (2008)
10	Anzahl der Schüler von Hauptschulen Jahrgang 8 mit deutschem oder ohne deutschen Pass	Deutsche Schüler (ohne Aussiedler): 100 Schüler mit Aussiedlerhintergrund: 13 Schüler ohne deutschen Pass: 39 (2008/09)
10 a	Anzahl der Schüler von Realschulen Jahrgang 8 mit deutschem oder ohne deutschen Pass	Deutsche Schüler (ohne Aussiedler): 215 Schüler mit Aussiedlerhintergrund: 29 Schüler ohne deutschen Pass: 17 (2008/09)
11	Anzahl der Schüler von Gymnasien Jahrgang 8 mit deutschem oder ohne deutschen Pass	Deutsche Schüler (ohne Aussiedler): 322 Schüler mit Aussiedlerhintergrund: 12 Schüler ohne deutschen Pass: 12 (2008/09)
12	Anzahl der Schulabgänger mit Fachhochschul- und/oder allgemeiner Hochschulreife mit deutschem oder ohne deutschen Pass	Schüler Fachhochschulreife mit dt. Pass: 59 Schüler Fachhochschulreife ohne

		dt. Pass: 1 (ca. 2%) Schüler allg. Hochschulreife mit dt. Pass: 411 Schüler allg. Hochschulreife ohne dt. Pass: 8 (ca. 2%) (2007/08)
13	Anzahl der Schulabgänger ohne Schulabschluss mit deutschem oder ohne deutschen Pass	Schüler mit dt. Pass: 67 Schüler ohne dt. Pass: 19 (ca. 22%) (2007/08)
14	Anteil der Kinder mit Sprachförderbedarf in der Delfin4 Förderung	721 getestet 203 hatten Sprachförderbedarf (28%) ca. 136 hiervon einen MH (67%) (2009)
15	Anzahl der durchgeführten Integrationskurse in Lippstadt	5 Integrationskurse und 1 Alphabetisierungskurs VHS (2008) 2 Integrationskurse Evangelische Erwachsenenbildung/ Kirchenkreis Soest (2009)
16	Anzahl der Teilnehmer in den Integrationskursen	95 (VHS, 2008) k.A. (Ev. Erwachsenenbildung/ Kirchenkreis Soest, 2009)
17	Abbrecherquote in Integrationskursen (%)	ca. 15% (VHS, 2008) ca. 40% (Ev. Erwachsenenbildung/ Kirchenkreis Soest, 2009)
18	Anzahl der niederschwelligen Frauenkurse	0 (VHS, 2008) 0 (Ev. Erwachsenenbildung/ Kirchenkreis Soest, 2009)
19	Anzahl der Alphabetisierungskurse	1 (VHS, 2008) 0 (Kirchenkreis Soest, 2009) 1 (AWO, 2009)

Bereich: Arbeit und Wirtschaft		
20	Anteil der Ausländer an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten	6,7% (2007)
21	Saldo der an- und abgemeldeten Gewerbe von Deutschen und Ausländern	Angemeldete Gewerbe Deutsche: 531 Angemeldete Gewerbe Ausländer: 102 Abgemeldete Gewerbe Deutsche: 493 Abgemeldete Gewerbe Ausländer: 104 Saldo Deutsche: 38 Saldo Ausländer: -2 (2008)
22	Auszubildende im Alter von 15 bis unter 18 Jahre mit deutschem oder ohne deutschen Pass (%)	Mit deutschem Pass: 43 (IHK, 2009), 49 (HWK, 2008) Ohne deutschen Pass: k.A. (IHK, 2009), 1 (HWK, 2008) (2008)
23	Ausbildungsplatzsuchende Jugendliche von 15 bis 18 Jahren mit und ohne deutschen Pass	Insgesamt: 422 (Juni 2008), 269 (Dezember 2008) Mit deutschem Pass: 387 (Juni 2008), 250 (Dezember 2008) Ohne deutschen Pass: 35 (Juni 2008), 19 (Dezember 2008) (2008)
24	Arbeitslosenquote insgesamt; unterschieden nach Arbeitslosen mit deutschem oder ohne deutschen Pass (%)	Insgesamt: 7,7% (Juni 2008), 8,2% (Dezember 2008) Mit deutschem Pass: 6,8% (Juni 2008), 7,2% (Dezember 2008)

		Ohne deutschen Pass: 16,2% (Juni 2008), 17,8% (Dezember 2008) (2008)
25	Arbeitslosenquote der unter 25-Jährigen mit deutschem oder ohne deutschen Pass (%)	Insgesamt: 5,9% (Juni 2008), 7,2 % (Dezember 2008) Mit deutschem Pass: 5,5% (Juni 2008), 6,7% (Dezember 2008) Ohne deutschen Pass: nicht erfasst (2008)
26	Anzahl der Empfänger ALG II mit deutschem oder ohne deutschen Pass	Insgesamt: 5.784 (Juni 2008), 5.603 (Dezember 2008) Mit deutschem Pass: 4.565 (Juni 2008), 4.397 (Dezember 2008) Ohne deutschen Pass: 1.203 (Juni 2008), 1.187 (Dezember 2008) = 21,2% (2008)
27	Anzahl der Empfänger ALG II unter 15 Jahren mit deutschem oder ohne deutschen Pass	Insgesamt: 1.584 (Juni 2008), 1.508 (Dezember 2008) Mit deutschem Pass: 1.322 (Juni 2008), 1.259 (Dezember 2008) Ohne deutschen Pass: 257 (Juni 2008), 244 (Dezember 2008) = 16,2% (2008)
28	Anzahl der Empfänger Grundsicherung nach SGB XII	Insgesamt: 582 Mit deutschem Pass: 507 Ohne deutschen Pass: 75 (2009)
28 a	Anzahl der Empfänger Grundsicherung nach SGB XII unter 15/18 Jahren mit deutschem oder ohne	Insgesamt: 14 Mit deutschem Pass: 11

	deutschen Pass	Ohne deutschen Pass: 3 (2009)
28 b	Anzahl der Empfänger Grundsicherung nach SGB XII über 65 Jahre mit deutschem oder ohne deutschen Pass	Insgesamt: 209 Mit deutschem Pass: 178 Ohne deutschen Pass: 31 (2009)
Bereich: Soziale Integration		
29	Anteil der Ausländer mit unbefristetem Aufenthaltsstatus und Bürger der EU an allen Ausländern (%)	60,76% (2008)
30	Anteil der Ausländer mit Aufenthaltsdauer 20 Jahre und mehr an allen Ausländern im Alter von 20 Jahren und mehr (%)	59,97% (2008)
31	Anteil der Ausländer mit Einbürgerungsanspruch an allen Ausländern (%)	29% (2008)
32	Anzahl der Einbürgerungen im Verhältnis zur Zahl der Ausländer mit Einbürgerungsanspruch im Jahr	3,5% (2008)
33	Segregationsindex: Konzentration der ausländischen Bevölkerung auf bestimmte Wohngebiete im Stadtgebiet	Stadtkern: 12% aller Ausländer leben im Stadtkern Nord-West: ca. 26% aller Ausländer leben in Nord-West Nord-Ost: ca. 7% Süd-Ost: ca. 12% Süd-West: 24% Nördliche Stadtteile (Cappel, Bad Waldliesborn, Lipperbruch, Lipperode): ca. 11% östliche Stadtteile (Hörste, Esbeck, Rixbeck, Dedinghausen, Bökenförde): 4% westliche Stadtteile (Overhagen,

		Hellinghausen, Herringhausen, Benninghausn, Eickelborn, Lohe): 4% (2009)
34	Anteil der Mitglieder mit MH in Rat, und Ausschüssen	Rat: 2 Personen Ausschüsse: 12 Personen (9 ordentliche Ausschussmitglieder und 3 sachkundige Bürger) (2008)
35	Anzahl der kommunalen Beschäftigten mit MH unter den und in/ über den Vergütungsgruppen A 9 bzw. EG 9	Insgesamt: 61 von 607; 8% aller Beschäftigten der Stadtverwaltung Unterhalb EG 9/ A 9: 59 (ca. 92 % aller Beschäftigten mit Migrationshintergrund) EG 9/ A 9 und höher: 5 (ca. 8 % aller Beschäftigten mit Migrationshintergrund) 13 von 52 AZuBis und Jahrespraktikanten haben MH (2008)
36	Anzahl der Tatverdächtigen für alle Diebstahlsdelikte mit und ohne deutschem Pass	Insgesamt: 597 Mit deutschem Pass: 476 Ohne deutschen Pass: 121 (20,3%) (2008)
37	Anzahl der Opfer von Straftaten mit und ohne deutschem Pass	Insgesamt: 805 Mit deutschem Pass: 683 Ohne deutschen Pass: 122 (15,6%) (2008)
38	Anteil Jugendlicher an den durchgeführten Jugendgerichtshilfeverfahren mit und ohne deutschem Pass	Mit deutschem Pass: 60% Ohne deutschen Pass: 40% (2008)
39	Familienstruktur	Insgesamt 3.600

	2< Kinder bei Familien mit und ohne deutschem Pass (mindestens ein Elternteil ist als Ausländer registriert)	Mit deutschem Pass: 3.245 Ohne deutschen Pass: 355 (ca. 10%) (2008)
40	Kinderarmut bei Ausländern	34,4% (2007)
41	Kinder in staatlicher Obhut mit und ohne deutschen Pass	Insgesamt: 62 Mit deutschem Pass: 47 Ohne deutschen Pass: 15 (24%) (2008)
42	Anzahl der Jugendlichen mit und ohne MH in Sportvereinen (Erfassung wird zukünftig angestrebt)	k.A.
Bereich: Interkultureller Dialog		
43	Erfassung aller städtischen Veranstaltungen, Veranstaltungen auf Stadtteilebene, Veranstaltungen privater Vereine und Religionsgemeinschaften (Erfassung wird zukünftig angestrebt)	k.A.

2. Wichtige Ergebnisse der quantitativen Umfrage 2009 in der Übersicht

An der Umfrage „Integrationskonzept für Lippstadt“ nahmen insgesamt 117 der angeschriebenen Institutionen aus Lippstadt teil.

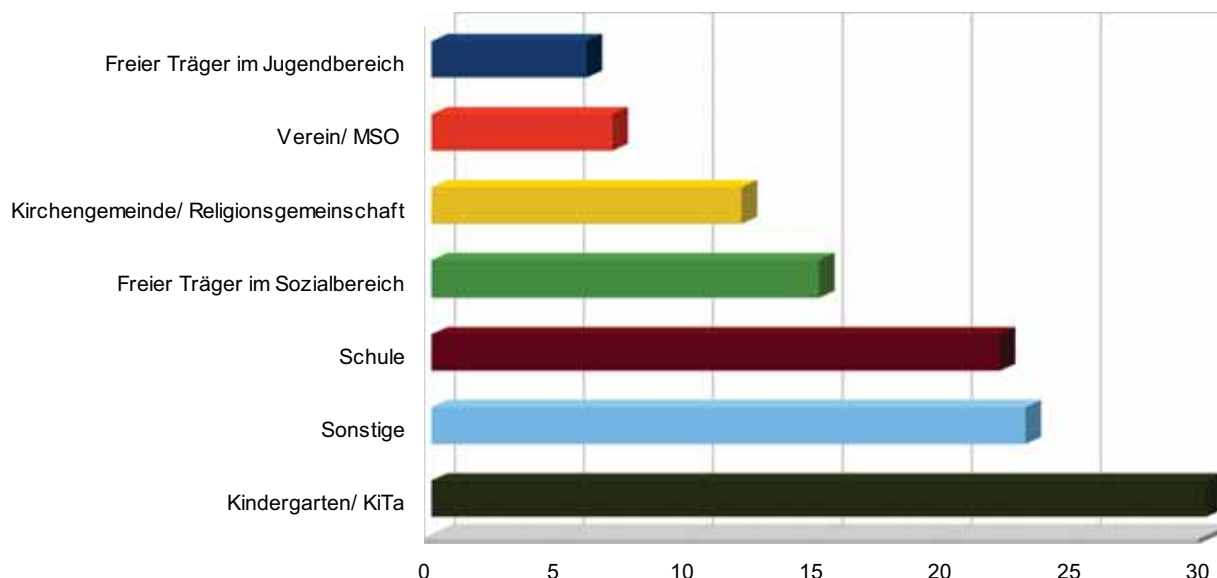


Abbildung 1: Teilnehmende Institutionen

Der größte Teil der Institutionen waren hierbei Kindergärten und Kindertagesstätten, gefolgt von Schulen und freien Trägern im Sozial- und Jugendbereich. Auffällig war die geringe Teil der Migrantenselbstorganisationen (MSOs), der auf die Umfrageaktion reagierte. Nur sechs Migrantenselbstorganisationen (MSOs) beteiligten sich.

Bezüglich der Angebotsstruktur ist deutlich, dass als Zielgruppe vor allem Familien, Kinder im Vorschulbereich, Kinder bis 14 Jahren und Jugendliche bis 18 im Fokus stehen. Die wenigsten Institutionen wenden sich mit ihren Angeboten speziell an Senioren und die Gruppe der Männer.

Nur ein geringer Teil der Institutionen wendet sich mit seinen Angeboten ausschließlich an MigrantInnen. Je nach Zielgruppe sind dies zwischen drei bis fünf Angebote (in der Abbildung 2 orange gekennzeichnet). Der Großteil der Angebote ist bei sämtlichen Zielgruppen für Deutschstämmige und MigrantInnen (in der Abbildung 2 rot gekennzeichnet).

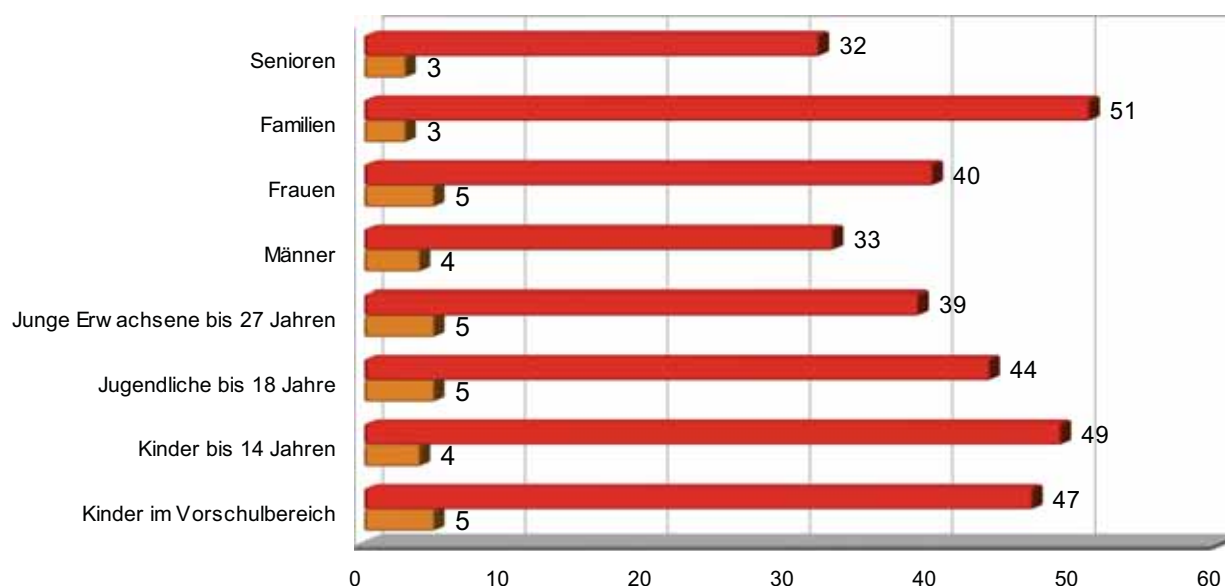


Abbildung 2: Zielgruppen der vorhandenen Angebote

Die quantitative Umfrage macht deutlich, dass der größte Teil der Angebote im Bereich der Sprachförderung liegt, gefolgt in deutlichem Abstand von Familienarbeit, Sportangeboten und der offenen Jugendarbeit.



Abbildung 3: Art der Angebote

Im Bereich der Sprachförderung gibt es darüber hinaus die meisten Angebote mit einem speziellen Einzugsbereich in Lippstadt (in der Abbildung 4 in grün gekennzeichnet). Auch

andere Angebotsbereiche wie Sport und Hausaufgabenhilfe bieten zahlreiche Maßnahmen mit speziellem Einzugsbereich. In Bereichen wie Kulturangebote, Sprachkurse sowie Frauen- und Mädchenarbeit liegt der Schwerpunkt dagegen eher auf der gesamtstädtischen Ebene (in der Abbildung 4 in blau gekennzeichnet). Migrationserstberatung und Maßnahmen für Arbeitssuchende gibt es nur auf gesamtstädtischer Ebene .

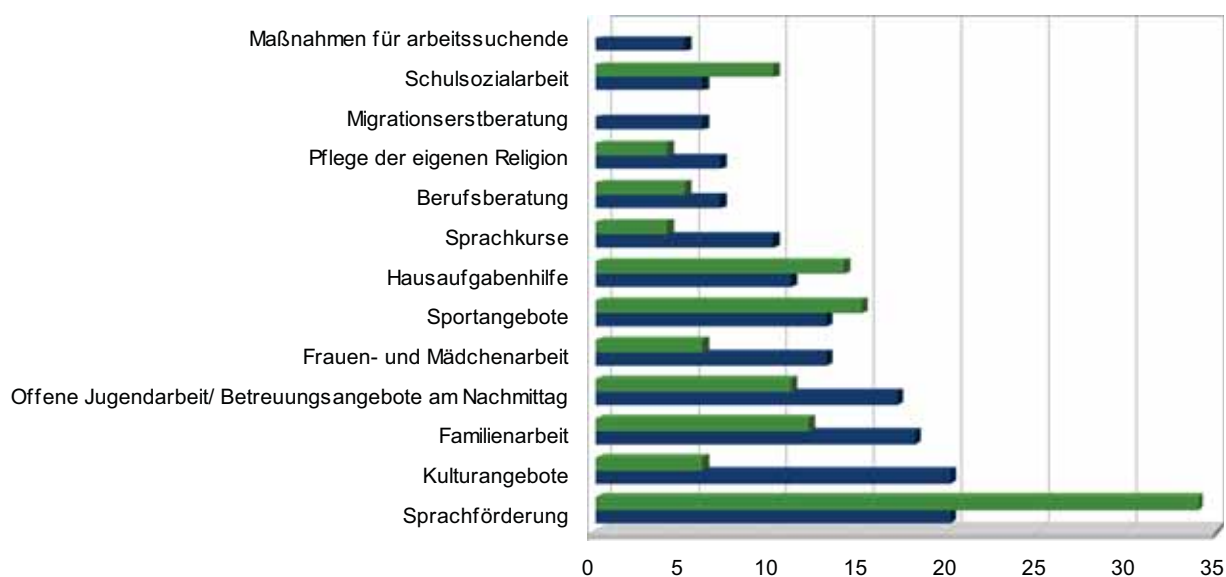


Abbildung 4: Angebote mit und ohne speziellen Einzugsbereich

Bei der Frage nach den Handlungsfeldern, die in Zukunft in Lippstadt im besonderen Maße priorisiert werden sollen, lag das Handlungsfeld Bildung und Ausbildung an der Spitze, dicht gefolgt von den Handlungsfeldern Sprache und Integration im Allgemeinen. Das Schlussfeld bildete das Handlungsfeld Religion.

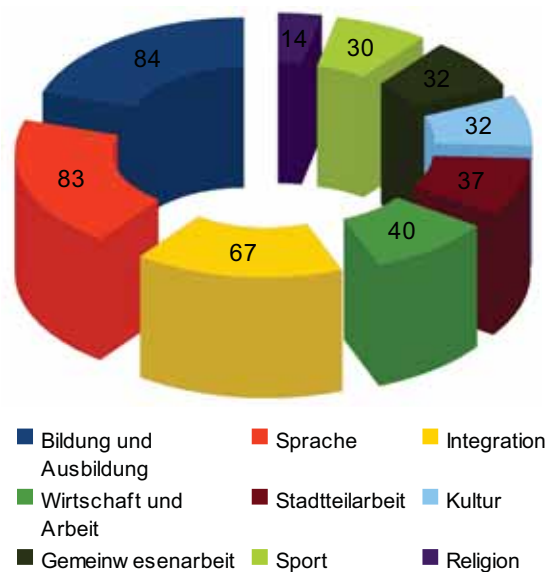


Abbildung 5: Priorisierung der Handlungsfelder

Von der Zielgruppe her soll nach dem Ergebnis der quantitativen Umfrage in Zukunft der Schwerpunkt auf den Kindern im Vorschulbereich liegen, gefolgt von Kindern bis 14 und Jugendlichen bis 18 Jahren sowie Familien.

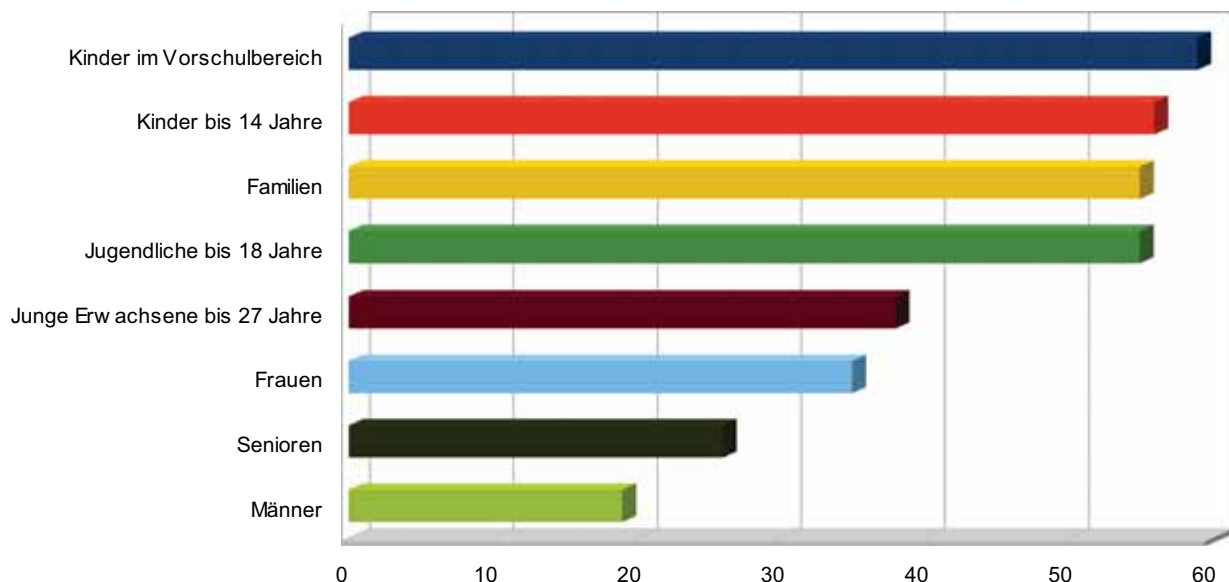


Abbildung 6: Zukünftige Zielgruppen

Dagegen werden gerade Senioren und Männer nicht als zukünftige Zielgruppe gesehen. Zielgruppenübergreifend wurde dagegen von zahlreichen TeilnehmerInnen der

quantitativen Umfrage angesprochen, dass insbesondere MigrantInnen aus der ehemaligen Sowjetunion inklusive der AussiedlerInnen sowie Türkischstämmige und/ oder MigrantInnen mit muslimischen Hintergrund besonders gefördert werden sollten.

Im Bereich der Angebote, die in Zukunft in Lippstadt ausgeweitet bzw. initiiert werden sollen, steht die Sprachförderung an erster Stelle. Hier folgen Sprachkurse und Hausaufgabenhilfe. Weniger als 50 TeilnehmerInnen votierten für die Stärkung der offenen Jugendarbeit, der Familienarbeit sowie der Schulsozialarbeit. Deutlich abgeschlagen liegt wiederum der Bereich „Pflege der eigenen Religion“.

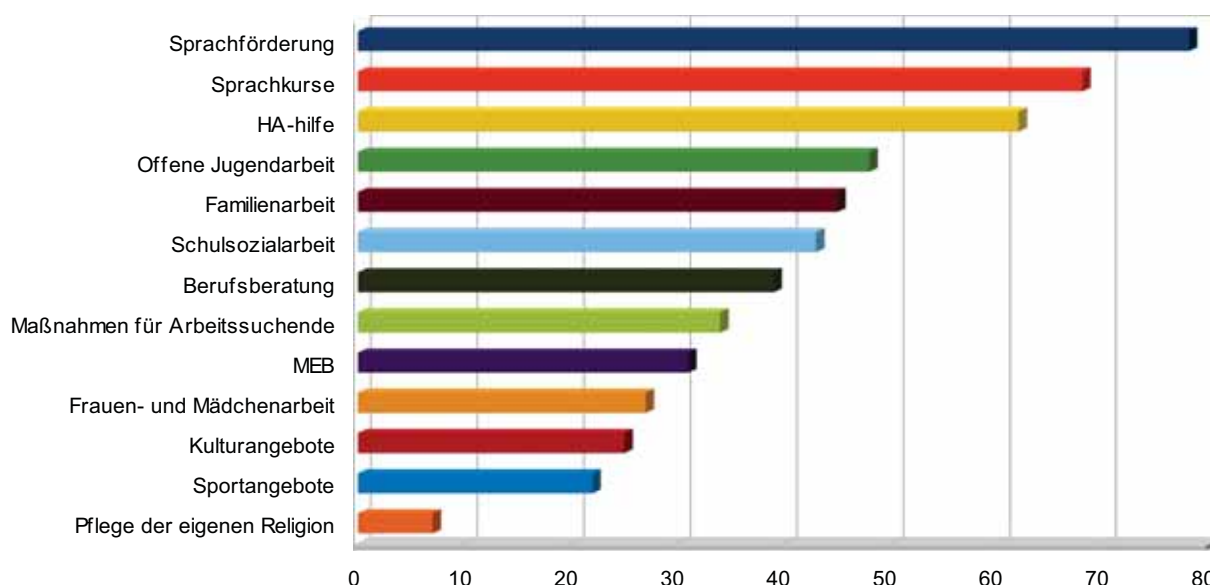


Abbildung 7: Auszuweitende Angebotsbereiche

95 der 117 Institutionen möchten in Zukunft ihre Angebote in den genannten Angebotsfeldern ausweiten (über 80%). 29 hiervon möchten die zusätzlichen Angebote auf gesamtstädtischer Ebene anbieten, 16 Einrichtungen werden mit den zusätzlichen Angebote einen speziellen Einzugsbereich abdecken. Alle weiteren Institutionen machten keine Angaben.

70% der TeilnehmerInnen der quantitativen Umfrage (83 Institutionen) forderten, in Zukunft die Transparenz der Angebote zu erhöhen. Bezüglich der Frage der Vernetzung sahen 74 von 117 Befragten einen verstärkten Bedarf hinsichtlich der Vernetzung der Akteure im Integrationsbereich (63%).